

MITTEILUNGEN

des Komitees für wissenschaftliche
Zusammenarbeit mit Kuba

April 1974

¿SABE
USTED...

WISSEN SIE ...

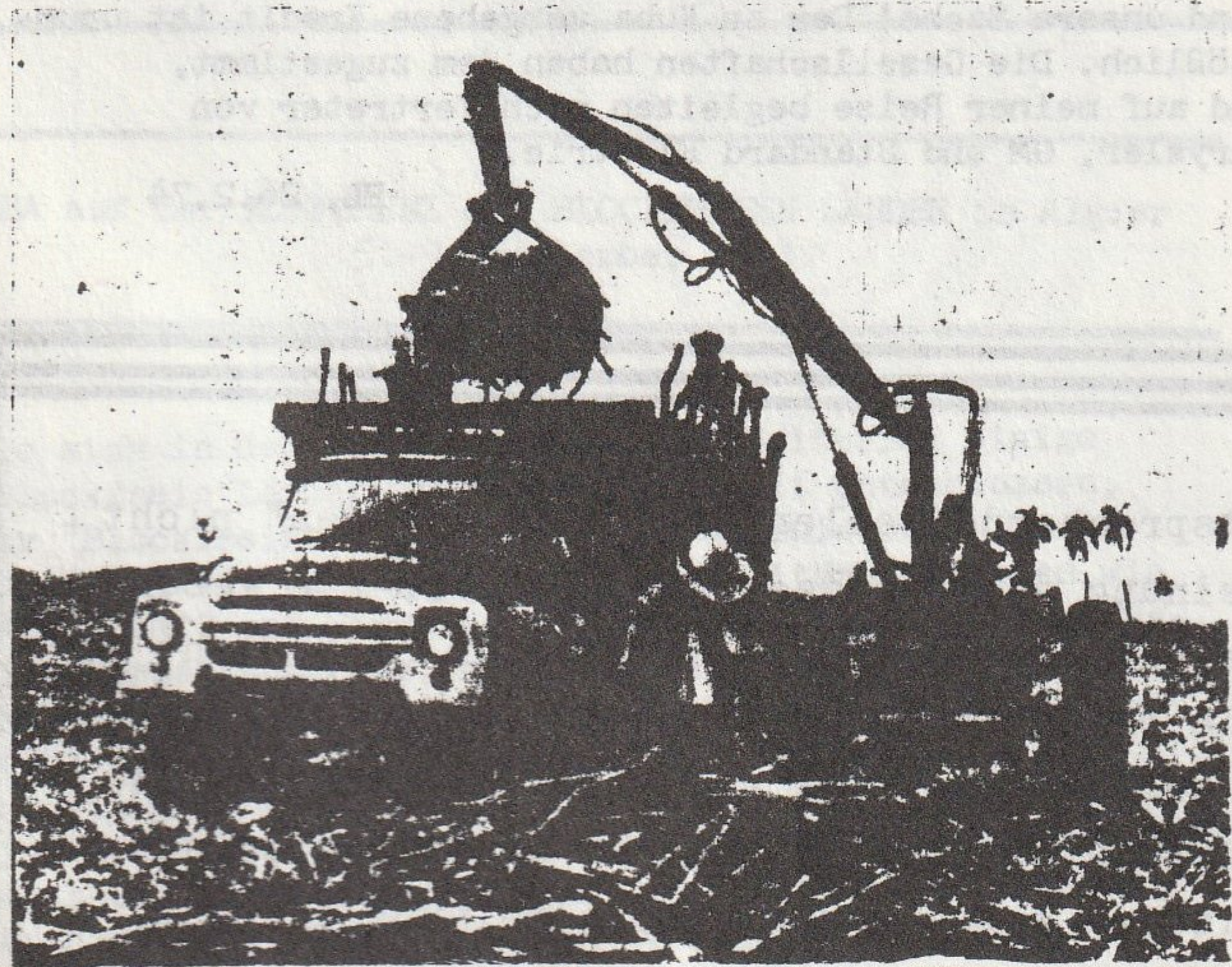


WER FÜR DIESE ZEIT BEZAHLT, DIE SIE VER-
GEUDEN?

...**Quién paga ese tiempo
que usted pierde?**

...**Lo pagan los obreros de
la producción.**

FÜR SIE ZAHLEN DIE ARBEITER DER PRODUKTION.



Lateinamerikanische Chronik
**latin american
roundup**



Unter dieser Überschrift soll in den künftigen Ausgaben der "Mitteilungen" über Ereignisse der verstrichenen drei Monate berichtet werden, die für Lateinamerika Bedeutung haben (oder haben können), in der Presse der BRD aber nicht erwähnt oder nur unzulänglich dargestellt worden sind. Da derartige Meldungen zwangsläufig relativ kurz sein müssen und ohne allgemeine Kenntnisse über den Zusammenhang deshalb nur schwer verständlich sind, werden vorzugsweise Gruppen von Meldungen zusammengestellt zu Themen, die in den "Mitteilungen" bereits diskutiert worden sind. Alle Meldungen entstammen dem "latin american roundup" - Dienst der kubanischen Presse Agentur "prensa latina", der zweimal wöchentlich erscheint. "Prensa latina" hat Büros in Mexico, La Habana, Lima, Quito, Montevideo, Santiago de Chile, und ständige Reporter in Buenos Aires, Rio de Janeiro, La Paz, Caracas, Bogotá, San José und Santo Domingo.

P E R U

"Dies ist ein Tag des Sieges für das peruanische Volk und eine Niederlage des Imperialismus", sagte der Energie- und Bergbauminister General Jorge Fernandez Maldonado, bei der offiziellen Übernahme der in US-Besitz befindlichen Cerro de Pasco Mining Corporation.

Während der Vertreter von Cerro de Pasco, Harry Allen, nervös den Erlaß unterzeichnete, zogen Tausende von Arbeitern durch die Straßen von La Oroya, riefen anti-imperialistische Parolen und schwangen Perus rot-weiße Fahne. Die Arbeiter grüßten den Präsidenten Velasco Alvarado mit Parolen wie "Gib den Yankees, Velasco!", "Velasco, Revolution!" und "Nieder mit dem Yankee-Imperialismus!"

PL, 4.1.74

Nach der Verstaatlichung der bisher in US-Besitz befindlichen Cerro de Pasco Mining Corporation bekräftigen die peruanischen Arbeiter die Notwendigkeit der Einheit angesichts der imperialistischen Gefahr, die sie "chilenazo" (chilenischer Stil) nennen.

Zozimo Torres, Gewerkschaftsgeneralsekretär in der Huando - Bauerngenossenschaft, sagte: "Dieser revolutionäre Prozeß wird ohne die volle Beteiligung des ganzen peruanischen Volkes, der Bauern, der Arbeiter, der Bergarbeiter nicht gefestigt werden. Das ist unsere Verantwortung; denn eine Revolution ohne das Volk kann es nicht geben. Wenn wir sehen, daß die Konterrevolution auf Tricks verfällt, werden wir Bauern unsere Hacken gegen Gewehre tauschen und unsere Traktoren gegen Panzer, um die Konterrevolution zu zerschlagen."

PL, 8.1.74

**Zentrale: Fakultät für Mathematik
48 Bielefeld
Postfach 8640
Konto : Commerzbank Hamburg
Kontonummer: 39/50045
Stichwort KOWIZUKU**

NO 7

Antwort Velasco Alvarados auf einer Pressekonferenz zur Frage des jüngst erfolgten Einkaufs von Panzern in der UdSSR: "Ja, wir haben Waffen gekauft, weil die Nachbarländer Waffen kaufen. Wenn sie Waffen kaufen, müssen wir auch Waffen kaufen, auch wenn uns das wirklich weh tut, weil das Geld, das wir für Entwicklungsprojekte ausgeben müßten, für Waffen ausgegeben werden muß. Wenn Peru Waffen braucht, kauft es sie, und es kauft sie, wo es ihm gefällt, wo es für Peru günstig ist."

PL, 11.1.74

In der vergangenen Woche schlug der peruanische Präsident vor, eine Konferenz der Länder der Region einzuberufen, um für die Dauer von 10 Jahren Waffenkäufe einzufrieren und die Mittel für die Entwicklung der Wirtschaft und des Sozial- und Erziehungswesens einzusetzen.

In einer hastigen Stellungnahme äußerte General Augusto Pinochet Zweifel an dem Vorschlag, sah aber von einer direkten Zurückweisung ab. Er sagte, der Vorschlag sei nicht "über diplomatische Kanäle gekommen" und wies die Bezeichnung "Vater des Wettrüstens" von sich.

Chile hat eines der relativ größten Militärbudgets Lateinamerikas. In den vergangenen Jahren hat es von den Vereinigten Staaten mehr Militärhilfe erhalten als jedes andere lateinamerikanische Land außer Brasilien. In den vergangenen 3 Jahren betrug diese Hilfe 45 Mio. \$; über 4000 chilenische Offiziere erhielten in den USA eine Ausbildung.

PL, 18.1.74

General Zavaleta, neuer Leiter von SINAMOS, betonte die Notwendigkeit der Unterstützung des Volkes für den peruanischen Prozeß. Er sagte, daß der nächste Schritt, den die Regierung tun müsse, die Schaffung von Unternehmen in gesellschaftlichem Besitz, "der Kern der neuen Gesellschaft der Arbeiter werden wird".

PL, 22.1.74

Die Arbeiter der Orange Crush Getränke-Abfüllerei haben die Regierung gebeten, ihnen das Unternehmen angesichts seiner bankrotten Finanzlagen zu übergeben. Die Arbeiter besetzen die Fabrik und erklärten, daß das Unternehmen über 4,5 Mio. \$ Schulden habe, während sein ausgewiesenes Kapital nur 2,27 Mio. \$ beträgt.

PL, 29.1.74

Die Explosion in der kubanischen Botschaft in Lima ist der Gruppe MANO ("Movimiento Armado Nacional Organizado"), die gegen jeden und alles Marxistische Drohungen richtet, zugeschrieben worden. Das Anschlagunternehmen wurde jedoch durch das von der rechten Presse geschaffene Klima, ohne jedes Risiko agieren zu können, begünstigt; dazu wiederholt die Presse genau die Prinzipien der Revolutionären Regierung hinsichtlich ihrer unabhängigen, "weder kapitalistischen noch kommunistischen" Ausrichtung.

In Ergänzung zur Verwirklichung seiner antikommunistischen Position hat MANO sich auch als antikapitalistisch definiert, es hat "antikommunistische Verfolgungskommandos" und "antikapitalistische Verfolgungskommandos" eingerichtet, die beide vom tiefsten "Nationalismus" gespeist werden. Ein Kommuniqué teilte der Revolutionären Regierung der Streitkräfte mit, daß sie von MANO "nichts zu befürchten" habe und daß MANO sich selbst als "bewaffnete zivile Faust" der peruanischen Militärintstitutionen gegründet hat.

PL, 15.2.74

Peru wird aus der Flatelolco-Konferenz (derOAS) seinen Vorschlag auf ein Einfrieren aller Waffenkäufe im Südteil Lateinamerikas für 10 Jahre, der auch von anderen Ländern des Kontinents begrüßt worden war, wiederholen.

PL, 19.2.74

Bei der Eröffnung des nationalen Bergarbeiterkongresses schlug der peruanische Bergwerksminister die Schaffung einer "Vereinigung der Rohstoffproduzierenden Länder zur Festsetzung der Absatzmengen, Preise und Kunden" für ihre Produkte vor.

PL, 22.2.74

ARGENTINIEN

Kuba hat einen 80 Mio. \$ - Vertrag mit Fiat de Argentina über den Kauf von Lokomotiven, Waggons und anderen Eisenbahnfahrzeugen unterzeichnet. Dieser Vertrag erhöht den Wert der bisher auf der Basis des im August unterzeichneten Wirtschafts-Kooperationsabkommens abgeschlossenen Verträge auf 263 Mio. \$. Fiat liefert 1975-77 neben den Fahrzeugen Ersatzteile im Wert von 10% des Vertrages. Kurse für die Wartungsgruppen werden zunächst in Argentinien und später in Kuba durchgeführt.

PL, 18.1.74

Der argentinische Wirtschaftsminister José Gelbard bestätigte die Entscheidung seiner Regierung, mit Kuba Handel zu treiben, bevor er sein Land zu einem offiziellen Besuch nach Habana verließ. Gelbard steht an der Spitze einer Delegation von über 200 Mitgliedern, unter ihnen Vertreter der Geschäftswelt und Arbeiter- und Industrieorganisationen.

Auf die Frage bezüglich Kissingers Bemerkung, daß seine Regierung die Berechtigung der Tätigkeit von US-Firmen in Argentinien im Kuba - Export prüft, stellte Gelbard fest: "Das ist Kissingers Problem. Argentinien ist eine souveräne Nation, und unsere Entscheidungen sind unsere Sache! Der an Kuba vergebene Kredit ist unumstößlich. Die Gesellschaften haben dem zugestimmt, und auf meiner Reise begleiten mich Vertreter von Chrysler, GM und Standard Electric."

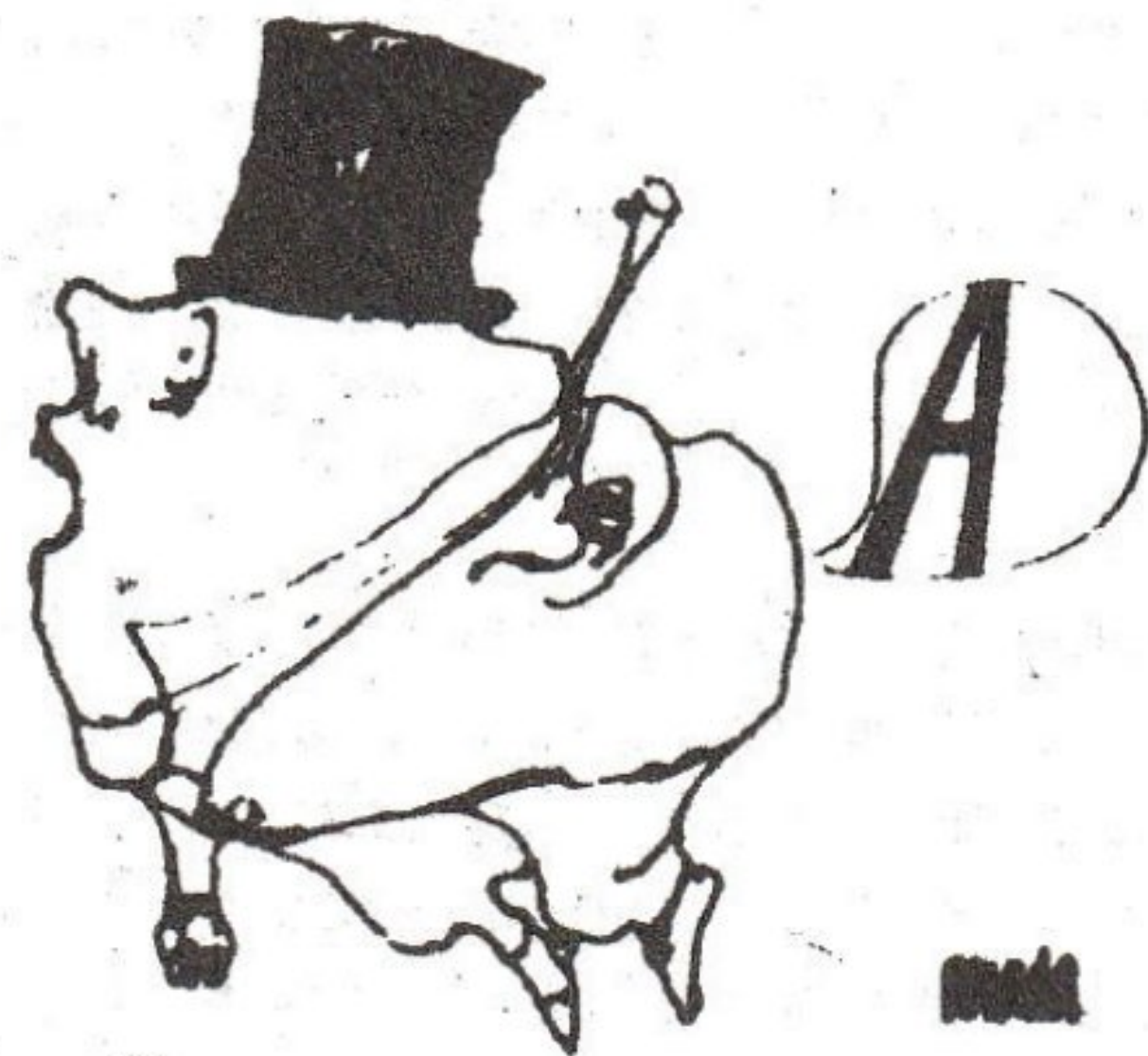
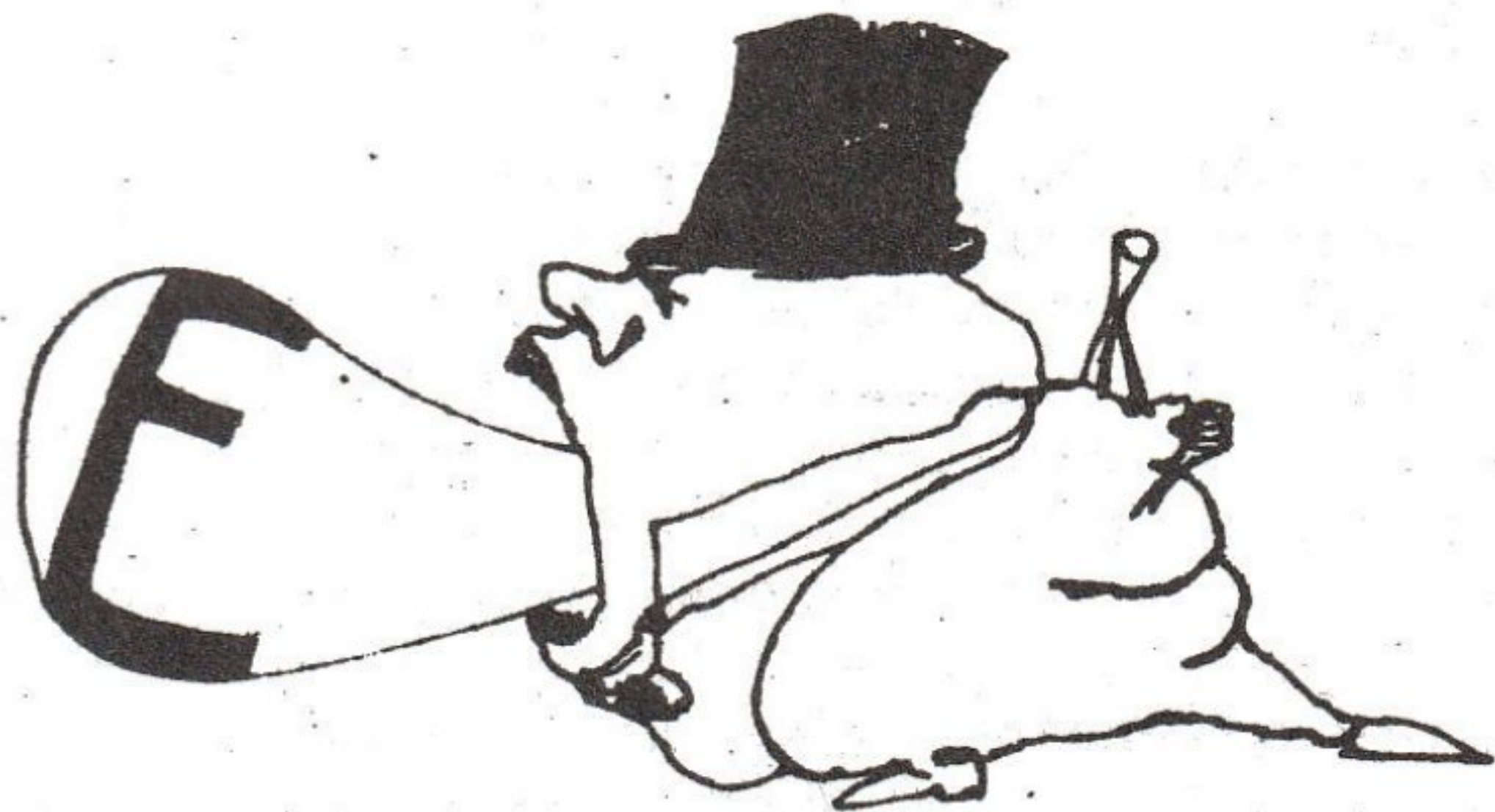
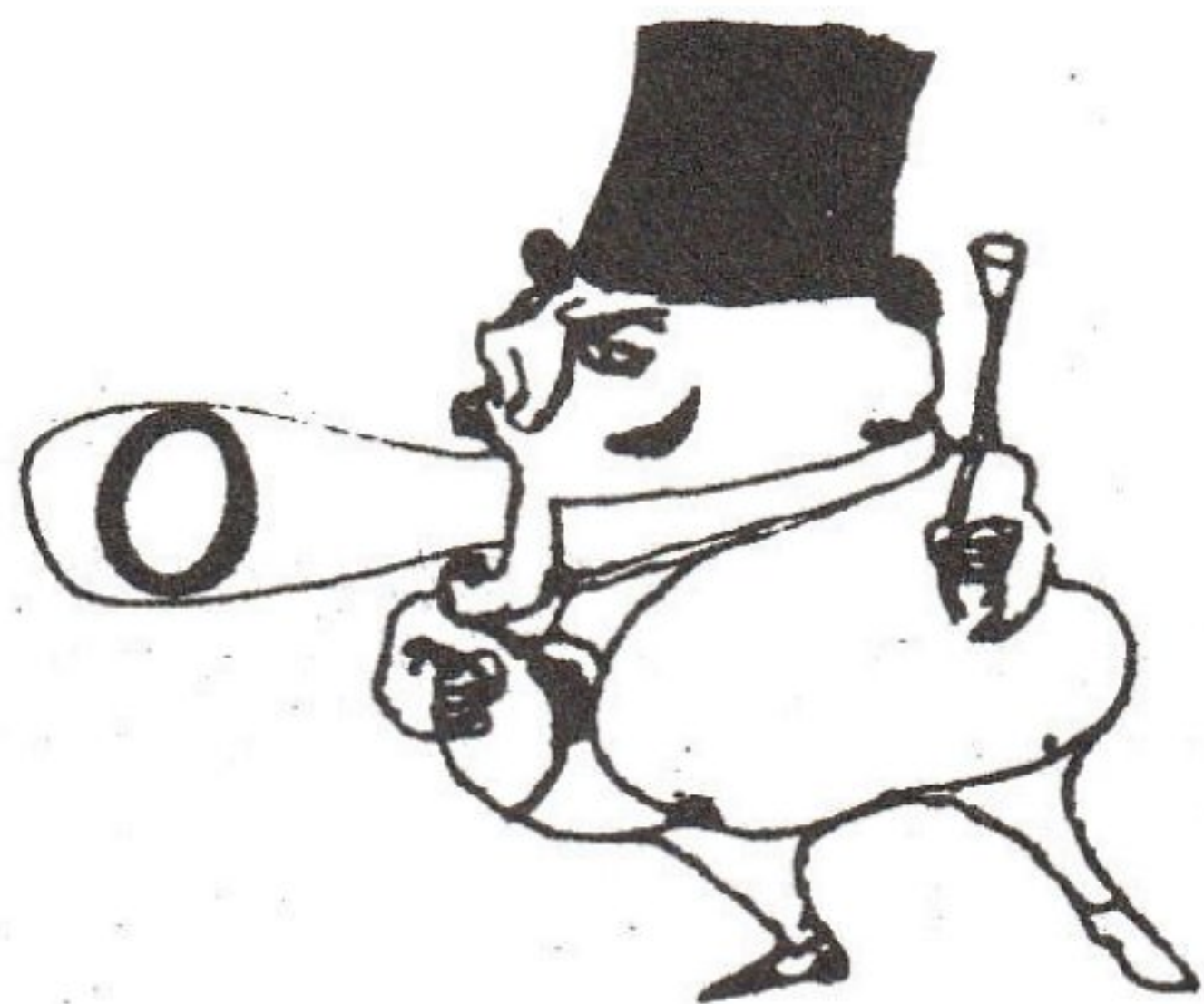
PL, 26.2.74

Die "Mitteilungen des Komitees für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba" dienen dem Kontakt und der Diskussion unter den Mitgliedern und Freunden des Komitees. In ihnen sollen die verschiedensten Meinungen zu Wort kommen und kritisiert werden. Die Aufgabe der Redaktion beschränkt sich darauf, zu achten, daß Meinung und Kritik der Arbeit des Komitees förderlich sind.

Dementsprechend stellen die "Mitteilungen" nicht die Meinung des Komitees dar, sondern sie geben die Meinung derjenigen - Mitglieder oder nicht -, die die Beiträge unterzeichnet haben, an ihre Leser weiter. Das Komitee hofft, auf diese Weise die Diskussion über Fragen, zu denen bei seinen Mitgliedern keine einheitliche Meinung besteht, voranzubringen.

Wer Beiträge der "Mitteilungen" als Arbeits- und Argumentationshilfe benutzt, sollte sich dieses Charakters der Mitteilungen bewußt sein und ihn im Zitatnachweis deutlich werden lassen.

Die Redaktion



DAS ENDE DER OEA

Wem der Sinn dieser kubanischen Karikatur nicht sofort aufgeht, dem sei damit geholfen, daß OEA die "Organisation der amerikanischen Staaten" (OAS) ist, und daß man den drei dargestellten Etappen etwa die Jahre 1948, 1964/65 und 1972/73 zuordnen kann. Wem auch dies nicht hilft, dem wird empfohlen, sich aus der Bibliothek der Zentrale "Qu'est-ce que l'OEA" auszuleihen, zu lesen und einen zusammenfassenden Beitrag für die Mitteilungen zu schreiben.

BRITISCHES KUBA-KOMITEE GIBT IN LONDON
EMPfang ZUR FEIER DES 15. JAHRESTAGES DER
KUBANISCHEN REVOLUTION

Professor Rodney Mace, Generalsekretär des "Britain - Cuba Scientific Liaison Committee", gab am Abend des 4. Februar in London einen Empfang zur Feier des 15. Jahrestages der kubanischen Revolution.

Zu dem Empfang waren erschienen Genosse Lionel Sofo, Kubas Botschafter in Großbritannien, Orleando Aguirre, erster Sekretär der kubanischen Botschaft, zuständig für wissenschaftliche und technische Fragen, und andere Angehörige der kubanischen Botschaft.

Unter den anderen Gästen waren Spezialisten, Professoren und Forschungs-Mitarbeiter aus britischen Universitäten und Colleges.

Zur Veranstaltung gehörte eine Ausstellung von kubanischen Photographien, Plakaten und Büchern.

Granma, 17.2.74
(published: 2/8/74)

KUBA auf der KONFERENZ der BLOCKFREIEN LÄNDER in Algier
5.-9. September 1973

Als sich in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg einige "blockfreie Länder" zur Zusammenarbeit entschlossen, war "Blockfreiheit" sehr einfach definiert als Nicht-zugehörigkeit zu den bestehenden Militärbündnissen wie NATO, SEATO und Warschauer Pakt. Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Großmächten und die dabei entstandenen verschiedenen Konstellationen zwischen ihnen und der sozialistischen Sowjetunion hatten für mehrere Jahre eine tiefere Analyse der Interessenlage der blockfreien Länder behindert; zwischen "blockfreien", aber vom Kapitalismus abhängigen Ländern und wirklich die Unabhängigkeit anstrebenden Ländern wurde kein Unterschied gemacht.

Der weltweite Fortschritt der anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen in den Jahren, die seitdem vergangen sind, und der Übergang vom "kalten Krieg" zu Bemühungen um europäische und Welt-Friedenskonferenzen sind an der Definition der "Blockfreiheit" nicht spurlos vorübergegangen. Ist Brasilien ein "blockfreies Land", nur weil es keinem Militärbündnis angehört? Diese Frage wurde in Algier zum ersten Mal gestellt. Noch immer gilt bei den "blockfreien Ländern" die alte Definition der Blockfreiheit, nach der Kuba seit langen Jahren Mitglied der "Blockfreien" ist. Die Zusammensetzung der Konferenz in Algier zeigt aber deutlich, daß die Orientierung der "Blockfreien" über die alte Bestimmung hinweggegangen

ist, und daß die 4. Konferenz in Algier den Auftakt für eine Neuorientierung darstellt. Lateinamerika zum Beispiel stellte während der ersten drei Konferenzen die Beobachterländer Bolivien, Brasilien, Ecuador, Peru, Uruguay und Venezuela - eine Mustermischung aus Blockfreiheit und USA-Abhängigkeit. Auf der 4. Konferenz in Algier war es - neben den Vollmitgliedern Cuba, Guyana, Jamaica, Trinidad-Tobago und den neu aufgenommenen Vollmitgliedern Argentinien, Chile und Peru - durch die Beobachter Barbados, Bolivien, Brasilien, Mexico, Panama und die Sozialistische Partei Puerto Ricos vertreten. Damit ist die Zahl der US-hörigen lateinamerikanischen Länder unter den "Blockfreien" zurückgegangen, und die Stimmen der für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Länder haben zugenommen. Zu Brasilien und Bolivien, Überbleibseln des alten Konzepts der Blockfreiheit, sagte Fidel Castro in Algier:

"Lateinamerika sieht mit Besorgnis, wie Brasilien unter dem Patronat der Vereinigten Staaten eine Macht aufbaut, die weit über die Notwendigkeit seiner Regierenden, gegen sein Volk militärische Brutalität, Mord, Folter und Gefängnis anzuwenden, hinausgeht und sich deutlich darauf ausrichtet, eine militärische Enklave im Herzen Lateinamerikas im Dienst des nordamerikanischen Imperialismus zu errichten. Die Regierung Brasiliens, die gemeinsam mit den Vereinigten Staaten an der Invasion in Santo Domingo teilnahm und mit derselben Komplizenschaft am Sturz der fortschrittlichen Regierung Boliviens arbeitete, und die vor kurzem bei der Einsetzung einer reaktionären Diktatur in Uruguay mithalf, ist nicht nur ein

Instrument der Vereinigten Staaten, sondern verwandelt sich allmählich in einen imperialistischen Staat. Heute hat es schon einen Beobachter in dieser Konferenz, ebenso wie Bolivien. Wollen wir hoffen, daß niemals derartige Regierungen, an denen noch immer einige Völker unseres Kontinents leiden, in der Bewegung der Blockfreien zugelassen werden!"

Der Applaus der Konferenz zu diesen Worten bestätigt die Ansätze der Neuorientierung, die sich bei den Vertretern der anderen Kontinente fast noch deutlicher abzeichnen: Südvietnam wird durch die Provisorische Revolutionäre Regierung vertreten, Kambodja durch Norodom Sihanouk; aus Afrika und Arabien sind als Beobachter geladen die FRELIMO für Mozambique, die PAIGC für Guinea-Bissau und Capverden, die MPLA für Angola, die SWAPO für Südwest-Afrika, die ANC für Südafrika, die ZAPU für Rhodesien und die PLO für Palestina. Viele dieser Befreiungsbewegungen werden im Abschlußkommuniqué, das von den 75 Mitgliedsländern einstimmig verabschiedet wurde, ausdrücklich erwähnt.

Die Konferenz in Algier markiert einen Umbruch. Daß er nicht ohne Rückschläge vollzogen wird, zeigt die Aufnahme Omans als Vollmitglied. Oman ist praktisch ein einziger großer Militärstützpunkt Großbritanniens. Bewaffnete Angriffe auf die Demokratische Volksrepublik Südyemen gingen von Oman aus; englische Flugzeuge und persische Militärhilfe dienen der Niederhaltung einer Befreiungsbewegung, die bereits Teile des Landes befreit hat. Raúl Roa sagte deshalb als Vertreter Kubas in Algier: "Was die Blockfreiheit definieren und kennzeichnen muß, ist, daß es eine Vereinigung von unabhängigen und souveränen Ländern ist, die ohne Rast und Konzessionen den Kolonialismus, den Imperialismus und den Neokolonialismus und die nationalen Basen und Bedingungen, auf die sie sich stützen, bekämpfen. Deshalb hält Kuba ... an seiner Ablehnung der Aufnahme des Sultanats Oman als Vollmitglied fest, weil es im wesentlichen unfähig ist, die Prinzipien und Ziele der Blockfreiheit zu erfüllen. Kuba ist der Meinung, daß in dieser Konferenz den Befreiungsbewegungen die Vollmitgliedschaft gewährt werden muß, einschließlich der Volksbefreiungsfront Omans und des Arabischen Golfes."

Die Definition Roas der Blockfreiheit war ein Vorgriff auf die Debatte über eine Neudefinition des Selbstverständnisses der Blockfreien insgesamt. Daß sie nicht Allgemeingut der Konferenz war, wird an der Aufnahme Omans als Vollmitglied und der Beibehaltung des Beobachterstatus für die Befreiungsbewegungen deutlich. Die eigentliche Kontroverse setzte an den folgenden Tagen ein, als sich die Theorie vom zentralen Gegensatz zwischen den armen und den reichen Ländern, verbunden mit der These von den "zwei Imperialismen", immer deutlicher abzeichnete. Der Antrag, die Formulierung einer neuen Definition der Blockfreiheit (auf der Grundlage dieser Theorien) in die Tagesordnung aufzunehmen, ging von Libyen aus. Es knüpfte damit an eine Äußerung des algerischen Staatspräsidenten Boumedienne an, der schon vor Beginn der Konferenz gesagt hatte: "Wenn die Welt in der Vergangenheit in zwei Blöcke, den kommunistischen Block und den kapitalistischen Block, geteilt war, so besteht sie heute unserer Meinung nach aus zwei Teilen: der reichen Welt und der armen Welt." Da auf der Konferenz gleichzeitig der Vorschlag Algeriens vorlag, die Vereinigung der Blockfreien zu einer völkerrechtlich machtvolleren Organisation ähnlich der UNO auszubauen, bestand die reale Gefahr, daß die Orientierung von 75 Ländern vom Gegner Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus abgelenkt und in organisatorisch neuen Formen in eine zweifelhafte Richtung gesteuert wird.

Wohin die Theorie der "zwei Imperialismen" führen kann, beleuchtete gleich zu Beginn der Konferenz Libyen selbst. Es verlangte als weiteren Tagesordnungspunkt den Rückzug aller ausländischen Flotten aus dem Mittelmeer und die Abschaffung aller ausländischen Militärbasen in den Anliegerländern. So wünschenswert die Realisierung dieser Forderungen ist, ist doch klar, daß die USA, die bereits Pläne für eine Invasion in Saudi-Arabien oder Libyen ausgearbeitet haben und in Manövern in der kalifornischen Wüste die Besetzung von Wüstengebieten geprobt haben, darauf nie eingehen werden, und daß nur die Anwesenheit der sowjetischen Flotte sie daran hindert, mit ihren Plänen ernst zu machen. Der Antrag Libyens zum gegenwärtigen Zeitpunkt verwischt daher die grundsätzlich verschiedenen Beziehungen zwischen den USA und den Blockfreien und der UdSSR und den Blockfreien; er kann daher

die sich entwickelnden Unabhängigkeitsbewegungen nur hemmen und hilft damit dem Imperialismus. Er wurde von zahlreichen Rednern, unter ihnen dem Vertreter Kubas, kritisiert und von der Versammlung abgelehnt. Chile (vertreten durch die Unidad Popular) sprach sich auch gegen die Behandlung des Vorschlags Algeriens auf der 4. Konferenz aus und erreichte ebenfalls die Nichtbehandlung.

In dieser Situation der Entscheidung, welche Bedeutung die Kategorien "arm" und "reich" in der Welt heute haben, spielte die Position Kubas eine entscheidende Rolle. Daß die kubanische Revolution in der Bewegung der Blockfreien Gewicht hat, ist in der bundesdeutschen Presse verdrängt oder entstellt worden; dort hatte es oft den Anschein, daß die entschiedene Position Kubas gegen die Theorie vom Hauptgegensatz Arm und Reich eine mehr exotische Randerscheinung war. In Wahrheit zeigte schon der äußere Konferenzablauf Kubas Ansehen unter den Konferenzteilnehmern: Die Versammlung wählte Kuba zu einem der Vizepräsidenten der Konferenz, und am 6. September wurde Fidel Castro durch Verzicht der Delegationen Argentiniens, Guyanas und Perus der Vorsitz über die Konferenz übertragen. Castros Rede am folgenden Tag begann klar und deutlich:

"Ich möchte daran erinnern, daß Kuba ein sozialistisches Land ist, ein marxistisch-leninistisches, dessen Endziel der Kommunismus ist (Applaus). Darauf sind wir stolz! Indem wir uns auf diese Konzeption der menschlichen Gesellschaft stützen, bestimmen wir unsere nationale und internationale Politik. Wir sind vor allem treu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, und meine Worte werden aus diesen Ideen folgen ..."

Man hat in dieser Konferenz von verschiedenen Formen der Aufteilung der Welt gesprochen. Für uns teilt sich die Welt in kapitalistische Länder und sozialistische Länder, imperialistische Länder und neokolonialisierte Länder, kolonialistische Länder und kolonisierte Länder, reaktive Länder und fortschrittliche Länder; Regierungen schließlich, die den Imperialismus, den Kolonialismus, den Neokolonialismus und den Rassismus unterstützen und Regierungen, die gegen den Imperialismus, den Kolonialismus, den Neokolonialismus und den Rassismus sind."



Fidel Castro auf dem Platz des Konferenzvorsitzenden; am Rednerpult der Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira.

Im weiteren setzt er sich mit der Theorie der "zwei Imperialismen" ausführlich auseinander. Die folgenden Zitate geben davon nur kurze Auszüge:

"Wie kann man die Sowjetunion als imperialistisch einstufen? Wo sind ihre monopolistischen Unternehmen? Wo ist ihre Beteiligung in den multinationalen Gesellschaften? Welche Industrien, welche Bergwerke, welche Erdölvorkommen besitzt sie in der unterentwickelten Welt? Welcher Arbeiter wird in irgend einem Land Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas vom sowjetischen Kapital ausgebeutet? ..."

Andere beklagen, daß der erste sozialistische Staat der menschlichen Geschichte zu einer militärischen und wirtschaftlichen Macht angewachsen ist. Wir, die unterentwickelten und beraubten Länder, müssen das nicht beklagen. Kuba freut sich darüber... Nicht für eine Sekunde kann man vergessen, daß die Waffen, mit denen Kuba die Söldner von Girón erledigte und sich gegen die Vereinigten Staaten verteidigte, die in den Händen der arabischen Völker der imperialistischen Aggression Widerstand leisteten, die die afrikanischen Patrioten gegen den portugiesischen Kolonialismus benutzen, und die, die die Vietnamesen in ihrem heroischen, außergewöhnlichen und siegreichen Kampf in der Hand hielten, aus den sozialistischen Ländern stammten, im wesentlichen aus der Sowjetunion (Applaus). Die eigenen Entschlüsse der blockfreien Staaten helfen uns zu begreifen, wo entlang heute die Teilungslinie der internationalen Politik geht."

Castros Rede beeinflusste die Schlußdeklaration der 4. Konferenz der blockfreien Länder mehr, als die kapitalistische Presse wahrhaben wollte. Da sie obligatorisch einstimmig beschlossen werden muß und deshalb nur als schwacher Kompromiß ausgehen kann, enthält sie natürlich nicht so eindeutige Aussagen wie: "Die sozialistischen Länder waren und sind die natürlichen Verbündeten der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas", wie Raúl Roa in Algier sagte. Die zweifelhaften Theorien von den "zwei Imperialismen" findet man darin aber ebenso wenig wie die Forderung nach völligem Rückzug aller Flottenverbände aus dem Mittelmeer.

Aus den 94 Absätzen der Deklaration sollen abschließend nur einige erwähnt werden. Ein großer Teil der Deklaration, der der Anerkennung und Stärkung der einzelnen Befreiungsbewegungen gewidmet ist, bleibt dabei unberücksichtigt.

Zu Beginn stellt die Deklaration fest, daß die Bemühungen zwischen den USA und der UdSSR und den USA und China sowie die geplante europäische Sicherheitskonferenz die "Spannungen zwischen Ost und West" abgebaut haben und zwischen den entwickelten Ländern relative Sicherheit erzeugt haben. Sie befürchtet aber, daß die bewaffneten Konflikte, von denen die blockfreien Länder betroffen werden, dadurch um so mehr zunehmen werden. Die Deklaration verurteilt die Aggression Israels gegen die arabischen Länder und setzt sich für die Rückgabe der besetzten Gebiete ein. Sie fordert die alleinige Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung für Vietnam und der GRUNK für Kambodja. Sie fordert die europäische Sicherheitskonferenz auf, den portugiesischen Kolonialismus zu verurteilen. Sie fordert das Ende der kolonialen Herrschaft in Lateinamerika und besonders in Puerto Rico. Sie drückt die Sorge der Konferenz über die wachsenden Spannungen im Mittelmeer infolge der aggressiven Politik Israels aus. Sie stellt fest, daß "die Nichtbeachtung der Entschlüsse der Vereinten Nationen, die Tendenz der Großmächte, ihre Tätigkeit zu monopolisieren, zu paralisieren und nach Einzelinteressen zu verändern, dem Charakter der Universalität (widersprechen) und ihrem Kredit und Ansehen (schaden)."

Es bleibt abzuwarten, wie weit die Sicherung des Friedens in Europa und auf atomarer Ebene in Anbetracht der Ausweglosigkeit des Imperialismus nicht langfristig eine Täuschung ist. Die Befürchtung, daß die abhängigen und geknechteten Länder vom Imperialismus durch die gegenwärtige Entspannung in Europa umso mehr in opfervolle Kriege verwickelt werden, besteht jedenfalls zu Recht. Um so wichtiger ist es, seinen wahren Gegner genau zu kennen. Kuba hat mit seinen Beiträgen einen großen Teil dazu beigetragen. Man kann - und muß - sicher Zweifel anmelden, ob die Sowjetunion unter den von ihr ja mitgeschaffenen neuen Bedingungen jetzt auch wirklich alles tut, um die Angriffe des Imperialismus gegen die "blockfreien Länder" zu mildern, abzuwehren und in Niederlagen des Imperialismus zu verwandeln. Es ist aber begreiflich, daß Kuba dieses Problem in Algier nicht aufgegriffen hat; dort galt es, den "Hauptwiderspruch Arm und Reich" zu bekämpfen und nicht, unter Genossen sozialistische Politik zu analysieren. Im Sinn einer solchen gründlicheren Analyse hat auch die Feststellung der Konferenz über das Verhalten der Großmächte gegenüber der UNO seine Berechtigung

Ein besonderer Erfolg der ideologischen Debatte ist, daß bei der Frage der Lage im Mittelmeer zwar noch immer nicht der Imperialist im Hintergrund, die USA, aber wenigstens der Statthalter Israel als Ursache der Spannungen benannt und das Problem nicht auf der Ebene der unerwünschten Präsenz der Großmächte erledigt wird.

Die nächste Konferenz der blockfreien Länder findet 1976 in Sri Lanka statt. Kuba wird alles tun, um der von Raúl Roa vorgetragenen Definition der Blockfreiheit zum Durchbruch zu verhelfen, auch wenn einige Konferenzteilnehmer der Meinung sind, Kuba sei selbst gar kein "blockfreies Land".

Dieser Bericht beruht im wesentlichen auf den Artikeln der Bohemia Nr. 36, Seiten 50-65, und Nr. 37, Seiten 46-65 von 1973, in denen die kubanische Bevölkerung umfassend informiert worden ist; die bundesdeutsche Presse konnte so gut wie überhaupt nicht ausgewertet werden. Unerklärlich an der kubanischen Berichterstattung bleibt allerdings, weshalb die Theorie von den "zwei Imperialismen" ausführlich zur Sprache kommt, ohne daß Boumedienne als ihr Vertreter benannt wird. Die jahrelange Freundschaft zwischen Kuba und Algerien, die in den Bohemia-Artikeln erneut beschrieben wird - die besonders herzliche Begrüßung Castros durch Boumedienne erscheint in vielen Fotos und freundschaftlichen Kommentaren - hat Castro nicht daran hindern können, der von Boumedienne vorgetragenen Theorie heftig zu widersprechen. Bedeutet es eine Überschätzung der geistigen Fähigkeiten des kubanischen Zeitungslesers, wenn man ihm zutraut, er könne verstehen, daß auch alte Freunde im anti-imperialistischen Kampf Fehler machen? Das Bild, das Bohemia von Boumedienne vermittelt hat, ist jedenfalls unvollständig.

REDAKTIONSMITTEILUNG !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

WICHTIG FÜR NEUE BEITRÄGE !!!!!!!

Die Erfahrungen der Redaktion haben ergeben, daß die Beiträge auch lesbar sind, wenn die Vorlage engzeilig geschrieben ist. Um Platz zu sparen, gilt ab sofort folgende Vorschrift für druckfertige Vorlagen:

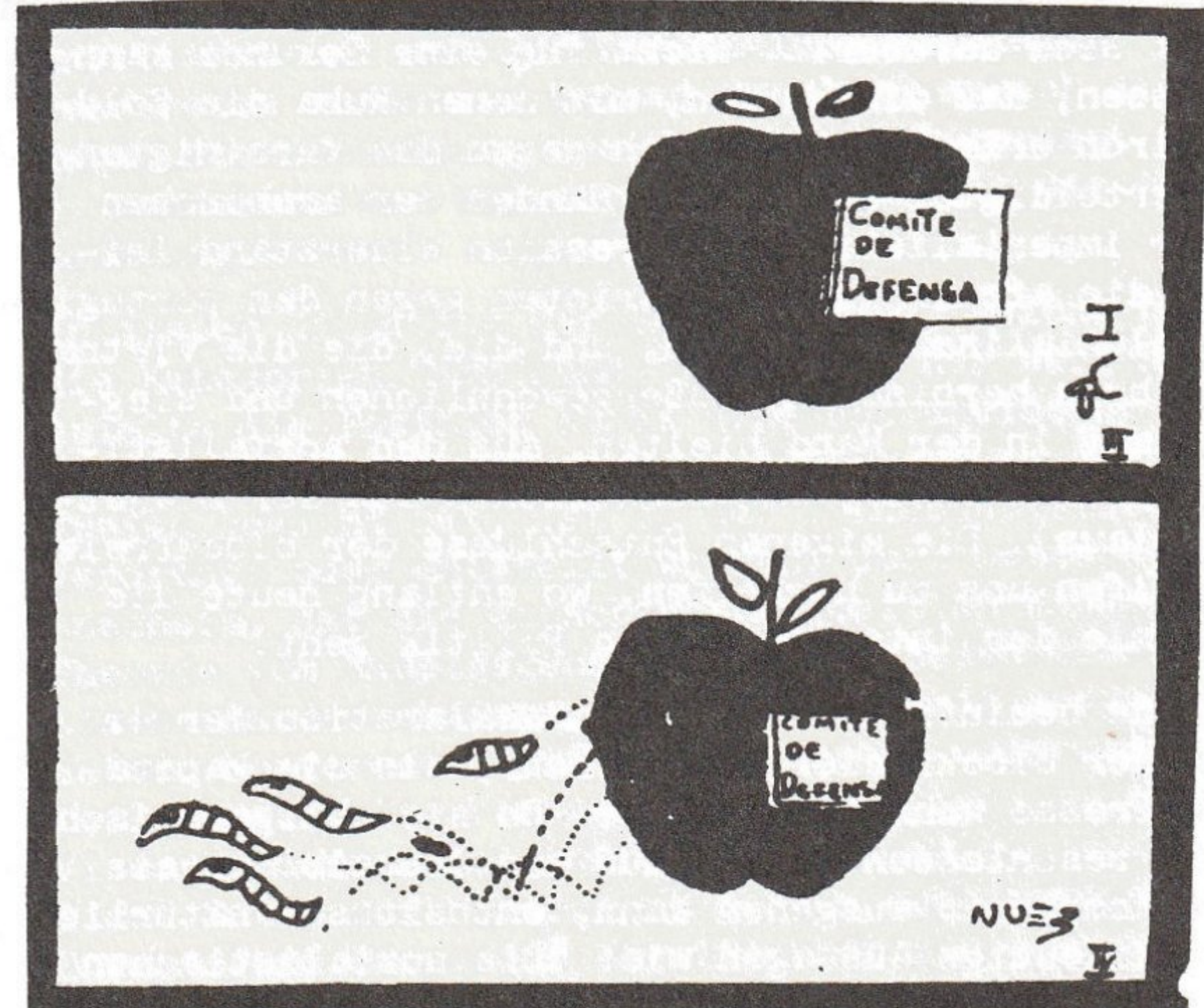
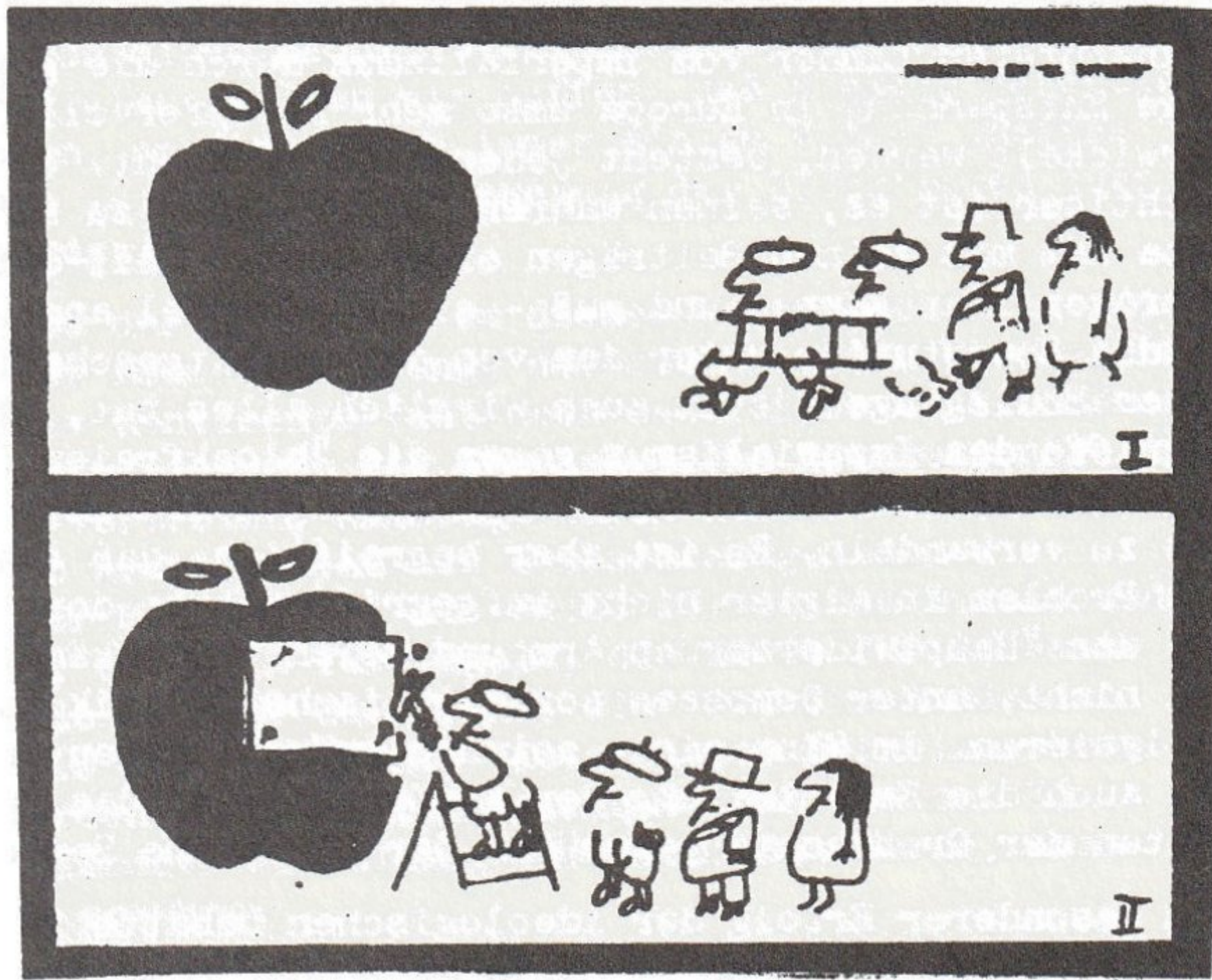
Beliebige Schreibmaschinentypen, enger Zeilenabstand, Schreibbreite 12cm (!!!), gutes schwarzes Farbband.

Die gestiegene Druckqualität erlaubt es, den durch diese Regelung gewonnenen Platz für Bilder zu benutzen. Wer interessante reproduktionsfähige Vorlagen hat, möchte sie bitte an die Redaktion schicken.

Einsendeschluß ist wie bisher:

- 28. Februar - 31. Mai - 31. August - 30. November -

Politische Zeichnung in Kuba



1973: 13 Jahre Komitee zur Verteidigung der Revolution CDR



Das brasilianische "Wirtschaftswunder"

Am 1. April 1964 wurde in Brasilien die demokratisch gewählte Regierung des Präsidenten Goulart durch das Militär gestürzt.

Seit dieser Zeit wächst laut Statistik das Bruttosozialprodukt von Jahr zu Jahr stärker; von 1963 1,5% auf 1969 9,0% (1) und 1972 10,4% im Jahr (Japan 9,2%; BRD 2,9%). (2) Kein Land der Welt hat höhere Wachstumsraten zu verzeichnen. Brasilien ist politisch, militärisch und wirtschaftlich das mächtigste Land auf dem südamerikanischen Kontinent geworden. Es vergibt Entwicklungskredite u.a. an Peru, Paraguay, Guayana, Ecuador und Trinidad/Tobago. (3) Brasilianische Exportprodukte werden außer den Rohstoffen Kaffee, Baumwolle, Eisenerz, Zucker, Kakao und Holz zunehmend Fertigwaren und Halbfertigwaren (4) wie Fahrzeuge und Fahrzeugteile, Eisen, Stahl, chemische und andere Industrieerzeugnisse. Märkte für die Industrieerzeugnisse sind außer den meisten lateinamerikanischen viele afrikanische Länder (Südafrika, Nigeria, Zaire, Algerien, die portugisischen Kolonien u.a.). (3)

Seit dem Putsch hat ein enormes Wachstum der Spitzenindustrien (Automobil-, Transport-, chem.-und Elektroindustrie) stattgefunden und eine starke Ausweitung des Bergbaus und der Erdölförderung. (1)

Zur Erschließung des riesigen Amazonas-Urwaldgebietes (so groß wie Europa ohne SU oder 40% der brasil. Fläche) wird seit 1970 die "Transamazonica" gebaut; die ersten 3200 km dieser Straße vom brasil. Nordosten quer durch den Urwald bis Humaitá sind seit September 1973 befahrbar. 1974 wird die Anschlußstrecke bis zur peruanischen Grenze und später bis zum Pazifik fertig. Gleichzeitig wird eine weitere Strecke von der Amazonas-mündung entlang der brasil. Nord- und Nord-West (peruanischen) Grenze in den Urwald geschlagen.

Das brasil. "Wirtschaftswunder" erklärt sich daraus, daß die Militärs nach dem Putsch 1964 Bedingungen geschaffen haben, die dem ausländischen Kapital freien Zugang verschafften. Das "investment guarantee agreement" von '64 legt z.B. fest, daß imperialistische Interessen nicht nationalisiert werden, daß der Profit aus dem Lande herausgebracht werden kann und daß Lohnerhöhungen oder Streiks ausgeschlossen sind. (5)

Die Wirtschaftspolitik der Offiziere der ESG (Escuela Superior de Guerra", höchste Militärakademie, auch "Sarbonne" genannt) ging aus von der Theorie der "gegenseitigen Abhängigkeit", die der erste Diktator, Generalstabschef Humberto Castello Branco so definierte: "In der aktuellen Konjunkturlage, die durch das Aufeinanderprallen zweier Machtzentren und die radikale Trennung dieser Zentren charakterisiert ist, erfordert das Aufrechterhalten der Unabhängigkeit ein gewisses Maß an gegenseitiger Abhängigkeit." Der folgende geschichtliche Überblick soll die Entwicklung der Abhängigkeit Brasiliens erklären:

Portugiesen und Engländer halten Brasilien in der Rolle eines Rohstofflieferanten

Die Geschichte des unterentwickelten, von imperialistischen Staaten abhängigen Brasiliens verlief in den Grundzügen ähnlich wie in den anderen südamerikanischen Ländern.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts kamen hier die Portugiesen. Sie legten den Grundstein zur Entstehung der heutigen brasil. Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Zuckerrohr, auf den Plantagen der Großgrundbesitzer an der Küste angebaut, war neben Brasilholz der erste Rohstoff, der brasil. wirtschaftliche Entwicklung im 16. und 17. Jahrhundert bestimmte. Die Arbeitskraft für die Zuckermonokulturen wurde aus den afrikanischen Kolonien der Portugiesen gegen Manufakturprodukte aus England und Holland "eingehandelt". Heute sind ein Drittel der brasil. Bevölkerung Afrikaner und Mulatten.

In dieser Zuckerphase war der brasil. Nordosten mit Pernambuco (Recife) und Salvador de Bahia wirtschaftliches und politisches Zentrum der Kolonie. Als gegen Ende des 17. Jh. die Zuckerrohrwirtschaft Brasiliens durch die Konkurrenz besonders der Holländer in Westindien zurückging und man im 18. Jh. in der Provinz Minas Gerais Gold und später Diamanten entdeckte, wurde Rio d.J. wirtschaftlicher Schwerpunkt als größter Exporthafen des Landes. Nach dem Rückgang des Goldzyklus folgte die Baumwollkonjunktur, die Anfang des 19. Jh. durch die Us-amerikanische Konkurrenz wieder verfiel. Mit dem Export von Amazonaskautschuk erhielt vorübergehend eine binnenländische Region die führende Wirtschaftspolition. Der Fall des Weltmarktpreises für Naturkautschuk und die britische Konkurrenz in Malaya ließen auch diesen Wirtschaftszweig verkümmern.

1822 war Brasilien ein unabhängiges Kaiserreich geworden. 1850 wurde unter britischem Druck die Sklaveneinfuhr nach Brasilien eingestellt. Der rasche Aufschwung des Kaffeeanbaus im Südosten erforderte aber sehr viel mehr Arbeitskräfte als der stagnierende Norden exportieren konnte. Den Arbeitskräftebedarf der Kaffeeplantagenbesitzer mußten deshalb aus Europa einwandernde Lohnarbeiter decken. (7)

1889 nach der endgültigen Abschaffung der Sklaverei, der ökonomischen Basis der Latifundienbesitzer des Nordostens wurde Brasilien mit Unterstützung des Militärs und der Kaffee-fazendeiros eine parlamentarische Republik. (6)

Während das brasilianische Kapital hauptsächlich im Kaffeeanbau und in der Konsumgüterindustrie investierte, floß das ausländische Kapital (bis zum 1. WK hauptsächlich englisches) in den Transport- (Eisenbahnen, Häfen), Nachrichten- (Telefon, Radio, Zeitungen) und Energiesektor (Bergbau u.a.). Der gesamte Exportsektor war englisches Monopol.

Bis 1930 war die Industrie gering entwickelt; die Textil- und Nahrungsmittelindustrie dominierte. Von 30 Mio Brasilianern waren 1920 300.000 Industriearbeiter und fast alle Einwanderer aus Europa.

Die wirtschaftliche Entwicklung konzentrierte sich seit dem Beginn des Kaffeezyklus auf den Raum um Sao Paulo (Eisenbahnen, Banken, Industrien).

Als während der Weltwirtschaftskrise 1929/30 der von ausländischen Konzernen festgesetzte Weltmarktpreis für Kaffee um 1/4 sank, die Ausfuhren zurückgingen und die Preise für industrielle und andere Importe stiegen, brach mit dem brasilianischen Kaffeexport die gesamte Wirtschaft zusammen. (7)



Quelle: Skidmore, Th. E., *Politics in Brazil (1930-1964)*, Oxford Univ. Press 1967

"Estado Novo"- Versuch der nationalkapitalistischen Entwicklung in einem korporativen System

Die Politik im brasilianischen Parlament bis 1930 wurde ausschließlich von "coronéis" bestimmt (Kaffee-fazendeiros aus dem Staate Sao Paulo, Viehzüchter aus Minas Gerais und zum geringeren Teil von Zuckerrohr-latifundisten des Nordostens). Sao Paulo und Minas Gerais stellten abwechselnd die Präsidenten. In der unbedeutenden Opposition waren die schwach entwickelte nationale Bourgeoisie und die städtische Mittelklasse (Handwerker, Ärzte, Rechtsanwälte) vertreten.

An den Parlamentswahlen beteiligten sich 3% und 1930 6% der Bevölkerung (7). Analphabeten, der weit-aus größte Bev.-teil (1960 noch 40% der über 10-jährigen), waren nie wahlberechtigt.

Von den 1,5 Mio Arbeitern der 20-iger Jahre (300.000 in der Industrie) waren nur 100.000 gewerkschaftlich organisiert. In den zahlreichen, kaum koordinierenden Einzelgewerkschaften dominierte bis in die 20iger Jahre hinein der anarchistisch-syndikalistische Einfluß, der mit spanischen und italienischen Arbeitern nach Brasilien herüberkam. 1920 wurde die Kommunistische Partei (PCB) gegründet, jedoch schon nach 3 Monaten wieder verboten. Dem illegalen PCB gelang es 1929, einen Teil der Gewerkschaften in einer Gewerkschaftszentrale auf nationaler Ebene zusammenzufassen: im "Confederacao Geral do Trabalhadores do Brasil" (CGTB).

Die vor 1930 von den Gewerkschaften erkämpften Sozialgesetze blieben jedoch fast immer folgenlos und das Elend der brasilianischen Arbeiterschaft war dem der europäischen Arbeiter des 19. Jh. vergleichbar. (7)

Im brasilianischen Militär der 20iger Jahre gab es eine starke Fraktion junger Offiziere ("tenentes"), die wiederholt gegen das korrupte System der "coronéis" rebellierte und 1930 den Militärputsch von Getulio Vargas trugen. Die Führer des linken, sozialreformerischen Flügels der "tenentes" ließ Vargas jedoch nach dem Putsch verhaften; unter ihnen hatte Luis Carlos Prestes (ab 1937 PCB) die größte Anhängerschaft gehabt.

Durch die Isolierung der Linken verhinderte Vargas die Agrarreform und konnte für seine populistische Politik die Großgrundbesitzer als Bündnispartner gewinnen. Sein Ziel war die nationale Entwicklung des Kapitalismus, die "die Beschränktheit des inneren Marktes und die Abhängigkeit vom internationalen Monopolkapital aufheben" sollte. (Seit dem 1. WK verdrängte das US-Kapital allmählich das englische aus der brasilianischen Wirtschaft).

Nachdem sich die Unruhen der ersten 30iger Jahre gelegt hatten und Vargas durch seine materiellen Zugeständnisse an die städtischen Arbeiter einen Teil der Gewerkschaften auf seine Seite gebracht hatte, proklamierte er 1937 den "Estado Novo". Durch das absolute Parteienverbot und die Unterordnung aller Gewerkschaften unter die Kontrolle des Arbeitsministeriums schuf er ein von oben zu steuerndes, hierarchisch geordnetes Gewerkschaftssystem, dessen Organisation er dem italienischen Faschismus entliehen hatte. Der "Trabalhismo" wurde zur herrschenden Ideologie ("die die Gesellschaft einende Kraft ist die Arbeit") und jede politische Betätigung, Streiks und Aussperrungen als "antisoziale, für Arbeit und Kapital schädliche Mittel" verboten. Das 1943 fertiggestellte Arbeitsgesetzbuch "Consolidacao das Leis do Trabalho" (CLT) ist die bis heute gültige gesetzliche Festlegung der staatlichen Kontrolle über die Arbeiterbewegung. Bezeichnend für diese Gesetzgebung ist der (zwischen 1952 u. 64 abgeschaffte) "atestado de ideologia", ein polizeilich beglaubigter Nachweis ideologischer Unbedenklichkeit, den Kandidaten vor Gewerkschaftswahlen der Staatsaufsicht vorlegen müssen.

Die "Revolution von oben" durch Vargas verhalf der schwach entwickelten Bourgeoisie, ihre Interessen gegenüber den Großgrundbesitzern durchzusetzen. Dabei wurde den Grundherren nichts genommen; die Agrarpreise wurden in ihrem Interesse stabil gehalten und aus den Exportgewinnen das Kapital für Industrieinvestitionen verwendet. Auf der anderen Seite wurde die städtische Arbeiterklasse zum Stillhalten diszipliniert. Das korporative System funktionierte unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten der Städte, weil es ihre ökonomische Lage im Vergleich zu früher verbesserte. Diese Wirtschaftspolitik basierte jedoch auf der verschärften Ausbeutung der großen Masse des noch völlig unmündigen Landproletariats und der Bauern. Die weiterbestehenden extremen Klassenunterschiede auf dem Lande und die Situation des Subproletariats am Rande der wachsenden Städte machte die Ideologie der "sozialen Harmonie" in diesen sozialen Schichten unglauwürdig und schloß sie aus (7). Trotz der Steigerung der Industrieproduktion und des Wachstums der Industriezentren Rio und Sao Paulo stieg der Anteil der Industriearbeiterschaft nur von 13% (1920) auf 14% (1940) der Bevölkerung.

Während des 2. WK. setzte ein ökonomischer Boom ein, der den Interessen des US-Kapitals in Brasilien entgegenlief. Wichtige Wirtschaftszweige wurden nationalisiert (Förderung und Export von Eisenerz) und neue Industrien aufgebaut (z.B. das ab 1946 produzierende Stahlwerk in "Volta Redonda").

Als 1945 der europäische Faschismus besiegt war, war auch die Zeit des "Estado Novo" abgelaufen. Vargas hatte versucht, mit Hilfe von hohen Schutzzöllen sein Land dem nordamerikanischen Einfluß zu entziehen. Brasilianische Offiziere, die in Europa an der Seite der US-Militärs gekämpft hatten und auch in den USA geschult und indoktriniert worden waren, gewannen in der Militärspitze an Einfluß. Mit Unterstützung der "liberalen", für den Abbau der Schutzzölle und für Auslandsinvestitionen eintretenden Bourgeoisie und auf das Drängen der USA hin stürzte das Militär Vargas 1945. (7)

Vargas' populistische Allianz in der liberalen Republik kann die Monopole nicht aufhalten

Vargas wurde als Diktator gestürzt, setzt jedoch in der Parteienrepublik seine populistische Politik fort. Er gründete 1945 zwei Parteien: der "Partido Social Democratico" (PSD), dessen Ehrenpräsident er wurde, sollte die Interessen der "coronéis" vertreten; der PSD dominierte auf dem Lande und hatte die Funktion, die Stimmen der wahlberechtigten Landbevölkerung für die Grundherren zu gewinnen.

Der "Partido Trabalhista Brasileiro" (PTB), dessen Vorsitz Vargas übernahm, wurde die Partei der Gewerkschaftsfunktionäre und der nationalen Bourgeoisie; sie sollte im Sinne des "Trabalhismo" die Arbeiter für die Interessen des nationalen Kapitals mobilisieren. Der PTB war nie eine Arbeiterpartei.

Der "Partido Comunista do Brasil" (PCB) war die einzige Partei, die trotz Verfolgung die Vargasdiktatur überlebt hatte, und die einzige Partei, die gut organisiert war. Unter der Leitung von L.C. Prestes (seit 1943 Generalsekretär) unterstützt der PCB nach 1945 den antiimperialistischen und nationalistischen Kurs von Vargas und seinen Nachfolgern. Seit 1947 war er wieder verboten.

Die "Uniao Democratica Nacional" (UDN) wurde zur stärksten Gegenkraft gegen den Block der Nationalisten. In ihr sammelten sich Interessensvertreter des Finanzkapitals und der "liberalen", imperialismusfreundlichen Industriebourgeoisie. Die UDN forderte stärkere ausländische Investitionen und Beteiligungen an der brasilianischen Wirtschaft; sie fand ihre Massenbasis in großen Teilen der städtischen Mittelklasse (Kleinhändler, kleine Gewerbetreibende), deren Interessen in der Ausgleichspolitik zwischen Großgrundbesitzer-, staatskapitalistischen und Gewerkschaftsinteressen zu kurz gekommen waren. Der UDN wurde mit dem zunehmenden Einfluß ausländischer Konzerne reaktionärer.

PSD, PTB, und UDN blieben in unterschiedlichem Verhältnis bis 1964 die zahlenstärksten Parteien im Parlament. Keine der politischen Parteien (außer dem illegalen PCB) hatte ein festes Parteiprogramm; alle waren sie mangelhaft organisiert und dienten ihren Kandidaten häufig nur vorübergehend als Trägerin für die Kandidatur. Stimmenkauf und andere korrupte Methoden gehören zum politischen Geschäft. Die Abgeordneten fanden sich nach der Wahl in Fraktionen zusammen, deren Gliederung nur annäherungsweise den Parteizugehörigkeiten entsprachen.

Dutra (Präsident von 1945-51) kam als Kandidat der PSD und des PTB ins Amt, näherte sich aber bald nach der Wahl dem imperialismusfreundlichen Kurs der UDN.

Vargas (1951-54) wurde neben einem PTB/PSD-Kandidaten als unabhängiger Kandidat wieder Präsident, erhielt allerdings die lokale Unterstützung verschiedener regionaler Verbände der beiden populistischen Parteien.

Vargas versuchte den national-kapitalistischen Weg fortzusetzen, indem er dem Parlament entsprechende Gesetzesänderungen vorlegte. Ein Gesetz zur Einschränkung der Gewinnabflüsse ins Ausland auf 10% der Investitionen konnte er 1952 durchbringen. Die Genehmigung zur Gründung einer nationalen Ölgesellschaft "Petrobras") wurde jedoch gegen den Widerstand von US-Konzernen erst nach 1 1/2-jähriger Parlamentsdebatte verabschiedet. Für die "Schlacht um die Petrobras" benötigte Vargas die aktive Unterstützung der Gewerkschaften: 1952 ließ er den "atestado de ideologia" aufheben, erhöhte die Löhne um 100% und setzte den gewerkschaftsfreundlichen Joao Goulart als Arbeitsminister ein. Die Unmöglichkeit, gegen den wachsenden Einfluß ausländischen Kapitals eine gesetzliche Grundlage für sein weiteres Reformprogramm zu erhalten, und der Widerstand der Mehrheit im Offizierskorps gegen seine Politik gegenüber den Gewerkschaften zwang Vargas zur Aufgabe seines "Kampfes gegen die internationalen Wirtschafts- und Finanzgruppen". Er erschloß sich. (7)

Der endgültige Einbruch der internationalen Konzerne in die brasilianische Wirtschaft

Der ultrareaktionäre Präsident Café Filho schuf mit dem "Erlaß 113" die gesetzliche Grundlage dafür, daß Auslandsunternehmen ihre Anlagen uneingeschränkt zu Marktpreisen importieren konnten, während inländische Firmen besonderer Einfuhrlizenzen für Importe bedurften. Die folgenden Regierungen konnten ab jetzt die zunehmende Unterwerfung Brasiliens unter den Willen der Imperialisten nicht mehr abbremsen (12).

Unter Kubitschek (56-61) gelang den ausländischen Konzernen der bisher stärkste Einbruch in die brasilianische Wirtschaft. Zum Ausbau der Automobil-, der Leichtmetall-, der Maschinenbau- und der chemischen Industrie wurden auswärtige Kapitalgeber herangezogen. Die brasilianischen Unternehmen, vorher durch Schutzzölle abgesichert, konnten der Konkurrenz nicht standhalten; dem Staat blieb von jetzt an zunehmend die Aufgabe überlassen, die Infrastruktur auszubauen.

Die ungleiche Entwicklung zwischen der Region Sao Paulo-Rio und dem übrigen Brasilien, die Lohnunterschiede zwischen Stadt und Land, die daraus folgende rasche Urbanisierung und/oder Entwicklung von Elendvierteln am Rande der Städte und die zurückgebliebenen agrarischen Produktionsverhältnisse treten immer krasser in Erscheinung. Der durch die Kolonialzeit geprägten Sozial- und Wirtschaftsstruktur Brasiliens, deren Agrarstruktur durch die Latifundien und der Sklaverei ähnlichen ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen im Nordosten und durch die Kaffeeplantagen um Sao Paulo bestimmt ist, wurden industrielle Produktionsverhältnisse aufgepfropft, die schon 1961 auf dem begrenzten brasilianischen Absatzmarkt in eine Krise gerieten, weil sie nicht von den Bedürfnissen des brasilianischen Volkes her entwickelt wurden, sondern nach den Profitinteressen der Großkonzerne.

Die Inflation erreichte Spitzenwerte. Am stärksten stiegen die Fleischpreise, die die gesetzlich festgelegte Höchstgrenze häufig um bis zu 100% überschritten. Die Ursache dafür war, daß ausländische Konzerne (Armour, Swift u.a.) den brasilianischen Fleischmarkt kontrollierten und den Binnenmarkt zugunsten des einträglicheren Exportgeschäftes zu knapp versorgten.

Die Ohnmacht, mit der das brasilianische parlamentarische System dem Imperialismus ausgeliefert war, wurde immer offensichtlicher. In der Ära Kubitschek hatte der totale Ausverkauf der brasilianischen Wirtschaft an die Monopole stattgefunden. Die nationale Bourgeoisie war fast völlig ausgeschaltet. Neben dem ausländischen Kapital konnte nur noch das Staatskapital existieren, das in der Entwicklung zur internationalen Arbeitsteilung die Rolle des Handlagers für die profitableren Spitzenindustrien in fremder Hand zugewiesen bekam. (Infrastruktursektor blieb dem Staat überlassen)

Die Übernahme der politischen Macht versuchte der Imperialismus zunächst noch auf parlamentarischem Wege zu erreichen. 1959 war das "Instituto de Acao Democratico" (IBAD) gegründet worden. Bisher nachgewiesene Geldgeber dieser Institution waren: Texaco, Coca-Cola, AEG, Bayer, Schering u.a.. Der IBAD kaufte Wahlkandidaten ein, die sich verpflichten mußten, im Parlament die imperialistische Richtung zu vertreten (1/3 aller Parlamentsabgeordneten soll Gelder angenommen haben). Der Einfluß des IBAD erstreckte sich auch auf die Presse (Die Massenmedien befanden sich sowieso schon zum weitaus größten Teil und die Werbegesellschaften total in us-amerikanischer Hand). In den Wahlkampf 1962 (s.u.) pulverte der IBAD über 1 Mrd. Cruzeiros.

Die populistische Allianz war nach der Niederlage der nationalen kapitalistischen Wirtschaft faktisch zerfallen. Eine Neuaufgabe der populistischen Politik ging deshalb von einer falschen Vorstellung der sozialökonomischen Verhältnisse aus.

Der Populismus kann in den Klassenkämpfen der 60iger Jahre keine Perspektive bieten und scheitert

Der politische Kurs des 1960 mit Unterstützung der UDN u.a. (auch Teilen des PTB!) gewählten Präsidenten Quadros (1960-61) ist sehr widersprüchlich. Nach einem rigorosen "Antiinflationkurs", den die Bourgeoisie unterstützt (Lohnstopp und Subventionssperre für Weizen- und Ölimporte), steigen die Preise für Nahrungsmittel und im Verkehr. Nach 6 Monaten schaltet Quadros um auf Lohnangleichungen und gerät dadurch in Konflikt mit den ausländischen Kreditgebern (u.a. dem IWF) und seinen brasilianischen Teilhabern. Außenpolitisch sucht er mit der Unterstützung seines Vizepräsidenten Goulart die politische und wirtschaftliche Annäherung an die UdSSR und die VR China; im Januar 1961 weigert sich die brasilianische Delegation in Punta del Este, den von den USA geplanten Sanktionen gegen Cuba zu folgen. Che Guevara (damals cubanischer Wirtschaftsminister) wird mit dem höchsten brasilianischen Orden ausgezeichnet. Unter dem wachsenden Druck des Militärs und aller anderen imperialismusfreundlichen Kräfte tritt Quadros zurück.

Sein legaler Nachfolger wurde der bisherige Vizepr. Goulart (61-64). Gegen die verfassungsgemäße Amtseinführung durch den Kongreß planen die reaktionären Generale mit den 3 Militärministern an der Spitze einen Putsch (Goulart wird "Agentenschaft mit dem internationalen Kommunismus" und das Anstreben einer "kommunistischen Gewerkschaftsrepublik" vorgeworfen). Noch kann jedoch die Fraktion der verfassungstreuen Militärs eine Pattsituation erhalten. Als Kompromißlösung stimmt der Kongreß einer Verfassungsänderung zu, die die Entscheidungsbefugnisse des Präsidenten zugunsten der parlamentarischen Zustimmung einschränkte.

Seit dem Amtsantritt Goularts spitzten sich die Differenzen zwischen den "Nationalisten" und den "Antikommunisten" in der Wirtschaft, der Politik und im Militär immer mehr zu. Die Fronten zwischen den beiden Interessensgruppen gingen quer durch die Parteien und ließen neue politische Gruppen entstehen: Die "Nationalisten" waren in den Gewerkschaften durch den neugegründeten und jetzt von staatlicher Lenkung unabhängigen Gewerkschaftsdachverband CGT vertreten. Im CGT hatten die Anhänger der illegalen PCB eine starke Position. Die "Frente Parlamentar Nacionalista" (FPN) verband die nationalistischen Kräfte im Parlament und die "União Nacional de Estudantes" (UNE) unter den Studenten. Die "Ação Popular" (AP) ist eine katholische Laienorganisation mit einer revolutionären, sozialistischen Zielsetzung. Die AP konnte unter den Arbeitern und Bauern eine breite Basis aufbauen.

Entsprechende Organisationen auf der "antikommunistischen" Seite wurden u.a. vom IBAD gekauft. Im "Movimento Sindical Democrática" (MSD) z.B., einem Gewerkschaftsverband, fanden sich "pelagos" (Gewerkschaftsbürokraten seit Vargas) und rechte katholische Gewerkschafter zusammen; der MSD wurde vom IBAD kräftig unterstützt; er hatte eine starke Basis bei den Metallarbeitern von Sao Paulo, außerhalb aber kaum.

In der Militärspitze konnten seit 1952 die Vargasgegner ihren Einfluß ausbauen: viele Berufsoffiziere nahmen in der Industrie, der Verwaltung und der Politik hohe Positionen ein. Sie fürchteten, durch die Zugeständnisse des Präsidenten an die Gewerkschaften, um ihre gesellschaftliche Stellung und sahen als Alternative "zur entstehenden Gewerkschaftsrepublik" nur die Militärdiktatur, diesich entgegen der Außenpolitik Goularts noch mehr den USA (= "Führer der freien Welt") nähern sollte. Innerhalb des Militärs verschärfte sich der Konflikt zwischen den Offizieren und den Unteroffizieren, die ihre eigene politische Vertretung und das Wahlrecht für Soldaten forderten und sich gewerkschaftlich zu organisieren begannen. 1961 wurde der Umsturz dadurch verhindert, daß der Einfluß der nationalistischen Offiziere und die Unentschlossenheit der Mehrheit der Militärs einen sicheren Erfolg für einen Putsch noch nicht gewährleistete.

Nach 1961 setzte eine verstärkte Säuberung von Nationalisten ein.

Goularts Neuauflage des Populismus als Bündnis zwischen städtischer Arbeiterklasse und nationaler Bourgeoisie war eine Illusion, weil die nationale Bourgeoisie seit der Ära Kubitschek faktisch überhaupt nicht mehr als wirtschaftliche und damit auch politische Kraft existierte.

Seit der Mitte der 50iger Jahre begannen sich die Bauern und Landarbeiter zu organisieren; die Bauernligen und Landarbeitergewerkschaften erstarkten unter der Präsidentschaft Goularts innerhalb weniger Jahre; in ihrem Kampf um die Agrarreform entwickelten sie sich neben den nationalistischen Gewerkschaften in den Städten zum mächtigsten Faktor im antiimperialistischen Kampf in Brasilien

Goulart jedoch war zu sehr der Ideologie des "Tribalismo" verhaftet, die davon ausging, daß in einem ökonomisch abhängigen Land wie Brasilien Arbeiter und Unternehmer die gleichen, nämlich antiimperialistischen, Interessen haben müßten. Er erkannte erst zu spät die Bedeutung der Klassenkämpfe Anfang der 60iger Jahre und war nicht in der Lage, den Klassenkampf der Arbeiter und Bauern geeint gegen die mächtigen ausländischen Kapitalinteressen zu führen.

Im Parlament konnte er keines seiner Reformgesetze durchbringen (Beschränkung der Gewinnabflüsse, Verstaatlichung ausländischer Firmen im Energie- und Transportsektor, staatliches Ölmonopol, Agrarreform, Wahlrecht für Analphabeten u.a.) Seit August '63 trat er deshalb mit Reformversprechungen und Appellen an die Öffentlichkeit, in der Hoffnung, das Volk für seine populistische Politik mobilisieren zu können.

Die Polarisierung im brasilianischen Volk führte jedoch dahin, daß sich die reaktionäre Front der Großgrundbesitzer, der Kompradorenbourgeoisie, großer Teile der städtischen Mittelklassen und das Offizierskorps immer näher zusammenschloß, während das nationalistische Lager und darin auch die Linke sich zunehmend gegenseitig in die Handlungsunfähigkeit hineinentwickelte. Innerhalb der Landarbeiterbewegung z.B. entzündete sich die Auseinandersetzung an der Einschätzung der ländlichen Produktionsverhältnisse (Feudalismus oder Kapitalismus) und der daraus zu entwickelnden Strategie für den Weg zum Sozialismus. Während sich die Bauernligen zum bewaffneten Kampf für den Sozialismus rüsteten, vertrat der von Prestes geführte PCB, der in den Landarbeitergewerkschaften großen Einfluß hatte, die Ansicht, daß als erster Schritt der Übergang zum bürgerlich-demokratischen Nationalstaat erreicht sein müßte. Der PCB unterstützte damit Goularts Politik und beteiligte sich aktiv an der Entwaffnung der Bauern.

2 Wochen nach Goularts zweitem "comico" (Kundgebung) in Rio de J., auf der er Basisreformen, vor allem die Agrarreform ankündigte und 2 Tage, nachdem Goulart offiziell im Club der Unteroffiziere auftrat, um sich mit den politischen Forderungen der Soldaten zu solidarisieren, übernahm

men die 3 Militärminister die politische Macht in Brasilien.

(7) Die Gewerkschaften riefen zwar zum Generalstreik auf, aber ihre wichtigsten Organisatoren waren sofort von der Polizei verhaftet worden. Gleichzeitig ermordeten die Privatarmeen der Großgrundbesitzer mehrere tausend Führer der Bauernbewegung. (9)

Nach dem Putsch richtet die Militärjunta schrittweise die politischen Bedingungen ein, die den Imperialisten optimale Profite sichern .

"Die Ereignisse vom April 1964 waren die Krönung einer ganzen Serie von Staatsstreich, die eine lange Epoche ständiger politischer Krisen in unserem Lande kennzeichnen. Gleichzeitig unterschied sich dieser Putsch von allen vorausgegangenen, weil er eine neue Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung charakterisierte. ... Der militaristische Staat ist jetzt die neue Form der Diktatur der Bourgeoisie in unserem Land. Die fehlenden Lösungen für die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme Brasiliens, die aus dieser Lage hervorgegangenen Kämpfe der arbeitenden Massen in den Jahren 1961 bis 63 und vor allem die schon sehr weit fortgeschrittene Eingliederung unserer Wirtschaft in das kapitalistische Weltssystem erforderten zu dieser Zeit eine höhere Konzentration des Kapitals, verschärfte ökonomische Ausbeutung und besonders eine Verstärkung der Unterdrückungsmöglichkeiten gegenüber der Massenbewegung. Die Zentralisierung der politischen Macht war logische Konsequenz der Zentralisierung der wirtschaftlichen Macht, die ökonomische Monopolisierung mußte eine entsprechende Form der politischen Monopolisierung finden. ... Die Errichtung der Diktatur war nur der erste Schritt des Übergangs zur Militarisation. Zunächst konnten noch einige wenige demokratische Freiheiten weiterbestehen." (Apolonio de Carvalho) (10)

Der "Institutionelle Akt Nr.1" staltet den Präsidenten Castello Branco mit diktatorischen Vollmachten aus; der Präsident kann mit Hilfe dieses Ermächtigungsgesetzes politische Gegner zur "Unperson" erklären und ihnen die politischen Rechte aberkennen. Das Parlament bleibt noch bestehen. Als im Oktober 1965 bei den Gouverneurswahlen oppositionelle Kandidaten gewannen, wird ein "Institutioneller Akt Nr.2" erlassen, der alle 13 Parteien verbietet und dafür ein 2-Parteien-System mit der ARENA (Allianca Renovador Nacional) als Regierungspartei und dem MDB (Mov. Dem Bras.) als "offizieller" Oppositionspartei einsetzt. Unabhängig von den Wahlergebnissen wird die Sitzverteilung nach dem Schlüssel 2:1 festgelegt. So wird im Okt. '66 der einzige Kandidat Costa e Silva vom Parlament zum Präsidenten "gewählt", obwohl sich die MDB der Stimme enthält. (11)

Die Unruhe in der Bevölkerung gegen das Regime erreicht 1967/68 ihren Höhepunkt, als die Industriearbeiterstreiks von Minas Gerais und Sao Paulo große Bereiche der Wirtschaft lahmlegten. Der Streik wurde mit beispielloser Brutalität niedergeschlagen. Die Studenten der UNE brachten im März und Juni '68 Demonstrationen zustande, an deren größter sich in Rio 100.000 Menschen beteiligten. (7)



Im Dezember '68 bezeichnet der MDB-Abgeordnete Marcio Moreira Alves (Linkskatholik) die brasilianische Armee öffentlich als "Brutstätte für Folterknechte", woraufhin die Militärs das Parlament auffordern, seine Immunität aufzuheben. Als jedoch der MDB und 90 ARENA-Abgeordnete gegen den Antrag stimmen, wird das Parlament auf unbestimmte Zeit beurlaubt. Seitdem sind durch den "5. Inst. Akt" die letzten Reste der Rechtsstaatlichkeit aufgehoben: die Regierung kann entscheiden, wer "politischer Verbrecher" ist, kann Gouverneure ein- und absetzen und die Presse kontrollieren. (11)

Als 1968 endgültig alle Möglichkeiten einer reformistischen Politik beseitigt und mit der unbewaffneten populistischen Massenbewegung auch der PBC in seiner Aktionsfähigkeit lahmgelegt, in Haft gesteckt oder auseinandergeworfen war, mußten neue Formen des Widerstandes eingesetzt werden, die der Bevölkerung die Existenz einer Widerstandsbewegung zeigen sollten: 1969/70 wurden von verschiedenen Guerillagruppen der US-, der westdeutsche, der schweizer Botschafter und der japanische Generalkonsul entführt und gegen 130 politische Gefangene ausgetauscht. (7)

Der im Okt. '69 eingesetzte Präsident und ehemalige Geheimdienstchef Garrastazu Medici setzt jetzt eine systematische Jagd mit Hilfe von Spezialeinheiten der Geheimpolizei auf Linksoppositionelle (Priester, Studenten, Intellektuelle u. Arbeiter) in gänge (12.000 politische Gefangene und 50.000 Flüchtlinge) und führt die seit 1891 abgeschaffte Todesstrafe wieder ein; Umfang und Methoden der Folter werden ausgeweitet. (11) Mario Alves und viele andere starben unter der Folter; Carlos Marighela, Joaquim Camara Ferreira, Carlos Lamarca u.a. wurden erschossen. (7)

Am 15. März 1974 wird der deutschstämmige General Ernst Geisel ins Präsidentenamt eingeführt, dessen neuer Kabinettschef Golbery do Couto e Silva früher Leiter der Politischen Polizei und Präsident der Dow Chemical in Brasilien war. (FR v. 6.3.74). Die Vorbereitungen auf die neue Amtszeit werden durch Verhaftungen und Folterungen eingeleitet, die auch auf etablierte katholische Organisationen übergreifen. Enge Mitarbeiter des Kardinalerzbischofs von Sao Paulo wurden gefangengesetzt. Im Nov. '73 schon wurde die katholische Radiostation "9. de Julho" stillgelegt, weil sie "unmoralische Programme ausgestrahlt" haben soll. (FR v. 19.2.'74)

Die brasilianische Wirtschaft, das Volk und das Territorium werden restlos an die imperialistischen Konzerne verschleudert

Die Ziele der Imperialisten aus USA, BRD, Großbritannien, Frankreich, Schweiz, Italien u. Japan, den Kapitalüberschuß aus ihrem eigenen Land in einer großen Region mit reichlichen natürlichen Ressourcen und billigen Arbeitskräften investieren zu können, um einen noch größeren Profit zu erlangen, wird durch diese Diktatur sichergestellt. Das brasilianische "Entwicklungsmodell" ermöglicht die totale Durchdringung des Landes durch das Monopolkapital und die unbarmherzige Ausbeutung des Volkes. (5)

Das "investment guarantee agreement" bewirkte, daß heute 78% der Konsumgüterindustrie und 73% der Investitionsgüterindustrie (12) und 99% der Kommunikationsmedien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) in ausländischen Händen sind! (13) VW kontrolliert 62% des brasilianischen Automobilmarktes, den übrigen Anteil teilen sich Mercedes, Ford, General Motors, Toyota, Alfa Romeo u.a.. Der Anteil der Lohnsumme am Gesamtumsatz beträgt bei VW do Brasil nur 6-7%, gegenüber 28-30% bei VW in Wolfsburg. (14) "Obwohl die Produktivität der Arbeitskraft in Sao Bernardo (Industrieort von Sao Paulo) weitaus niedriger ist als in Wolfsburg und VW do Brasil den Käfer 1300 entsprechend den höheren Kosten für 9867 DM verkauft, zieht der VW-Konzern jährlich 4300 DM mehr Erlös aus einem brasilianischen Arbeiter als aus einem deutschen" (Spiegel 51, '69)

Ähnlich günstige Bedingungen finden andere Konzerne der Automobil-, der chemischen und Maschinenbau-, Elektro- und Transportindustrie, wie des agraren, des Bergbau- und Energiesektors.

Eine Steigerung der Direktinvestitionen ausländischer Firmen in Brasilien macht sich jedoch erst ab 1969 bemerkbar. In den ersten 5 Jahren nach dem Putsch wird mit Hilfe ungleicher Kreditpolitik (US-Firmen konnten Gelder zu 7-8%, brasilianische Firmen zu fast 50% Zinsen erhalten) oder Preisdumping auf dem brasilianischen Markt die nationalen Unternehmen aufgekauft: Petrobras von Phillips Petroleum und Union Carbide, 15 Automobil- und LKW-fabriken, die Companhia de Mineração Geral (Bergbau u.a.) von Bethlehem Steel u.a., chemische, metallverarbeitende, elektrische, elektronische, Nahrungsmittel-, Textil- und Glasfabriken. (5) Die Arbeitsteilung in der brasilianischen Wirtschaft sieht nach einer Untersuchung der Zeitung "Visao" (Nr Special 15/8/'70) so aus, daß Infrastruktur und Zwischenhandel vom Staatskapital, Handel und Dienstleistungen nationalen Primatkapital und die wichtigsten Bereiche der Produktion vom ausländischen Kapital beherrscht werden. (1)

Als 1969 die Volksbewegung und die parlamentarische Opposition auf brutale Weise zum Schweigen gebracht worden ist, kann das Regime in ein neues Stadium der Wirtschaftspolitik eintreten (5). Eine weitere Expansion der Konzerne auf dem brasilianischen Markt ist bei der gegebenen Einkommensverteilung nicht möglich: die Löhne bzw. Gehälter für 95% der Bevölkerung sind seit dem Putsch gesunken, für 4% leicht und für 1% gewaltig gestiegen (8) - das Realeinkommen der Industriearbeiter sinkt zw. 1964 u. 1974 im Durchschnitt um 1/3. (2) Politische Stabilität und Niedrigstlöhne garantieren ausländischen Firmen Höchstprofite. Steuerfrei können internationale Unternehmen ganze Fabriken importieren, deren Produkte hauptsächlich wieder exportiert werden. Von 1969 an steigt der Kapitalzustrom merklich an. Während Peru und Chile (zur Zeit der Volksfront) praktisch keine "Entwicklungskredite" von multinationalen Organisationen bekam, flossen 1972 1/3 der an lateinamerikanische Länder verliehenen Gelder der Weltbank nach Brasilien (1,5 Mrd \$). (5)



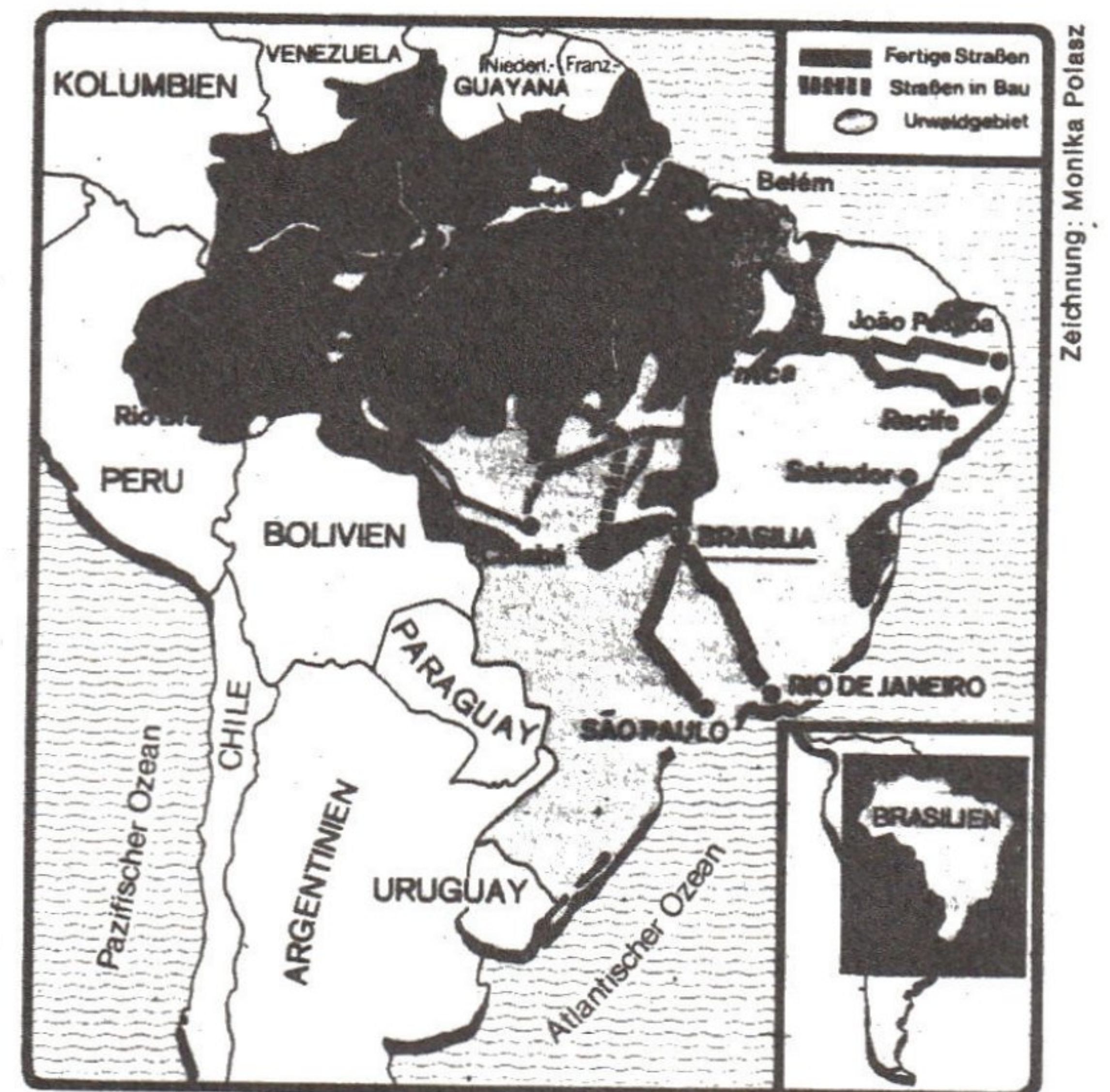
Diese Investitionen werden im Lande selbst wieder allein nach den Profitgesetzen regional sehr unterschiedlich eingesetzt. Die industrielle Produktion aus der Region von Sao Paulo steigerte ihren Anteil auf 61,2% der brasil. Gesamtproduktion.(1) Der Nordosten dagegen ist für die Konzerne wenig anziehend und gilt als das "größte Notstandsgebiet der westlichen Welt"(2).

1959 war die "Superintendencia du developement du Nordeste"(SUDENE) gegründet worden: steuerliche Vergünstigungen und staatliche Kredite sollten helfen, daß sich in dieser Region nationale und ausländische Unternehmen niederlassen. Die Firmen strichen daraufhin zwar die Subventionen ein, kümmerten sich aber wenig um den sozialen Charakter ihrer Betriebe. So wurden in diesem rückständigen gebiet Fabriken mit relativ hohem technischen Niveau importiert, die nur wenige Arbeitsplätze benötigten. Innerhalb von 10 Jahren wurden 150.000 Arbeitsplätze geschaffen; die Bevölkerungszahl wuchs aber im gleichen Zeitraum um 8 Mio. Folglich nahm die Arbeitslosigkeit zu: auf 3 Arbeitslose in den Städten kommt ein Arbeitsplatz. (1)

Um ein "Ventil für die sozialen Spannungen auf dem Lande" zu schaffen, hat die Junta mit einem riesigen Propagandaaufwand angekündigt, das 100.000 Familien aus dem NO an der "Transamazonica" angesiedelt werden. Die Durchführung dieses Versprechens wurde jedoch bei 2.600 Familien schon abgebrochen, die heute unter erbärmlichen Bedingungen in Arbeitslagern hausen(2)

Die Erschließung des Amazonasgebietes ist ein weiteres Beispiel für die totale Auslieferung der brasilianischen Wirtschaft, des Landes, der Rohstoffe und des Volkes an den Imperialismus. Das Amazonasbecken birgt unübersehbare Reichtümer. Man vermutet hier das größte Eisenerzlager der Welt, dessen Vorkommen auf 8-30 Mrd. t geschätzt werden; hier lagern 93% der brasilianischen Bauxitvorkommen, 100% der Zinnerze, die größte Kochsalzmine und das größte -noch nicht erschlossene- Erdölfeld der Welt; weiterhin gibt es hier: Mangan, Nickel, Blei, Kohle, Kupfer, Uran, Gold und Diamanten. Der Urwald war bisher noch nicht in ein Grundbuch eingetragen; jetzt wird er unter die Konzerne aufgeteilt, wobei die dort lebenden Indianervölker ausgerottet oder vertrieben werden oder am Rande der kapitalistischen Gesellschaft dahinvegetieren.

Georgia Pacific Co erhält 400.000 ha, US-Steel 80.000 ha; bis 1975 wollen US-Steel und die Companhia do Vale Rio Doce (zu 49% in US-Steel-Besitz) 30 Mio t Eisenerz fördern und Bethlehem-Steel baut 100.000 t für den US/Markt ab... . Schätzungsweise kontrollieren internationale Gruppen der Holzindustrie schon 60% Amazoniens (FR v. 12.1.63); die Bruynzeel-AG (Niederlande) und die US-Firmen Toyomenka. Georgia Pacific u.a. gehören dazu. 18 Mio ha (2x Österreich) teilen sich US-Nahrungsmittelkonzerne und brasilianische Viehzüchter als Rinderzuchtweiden (2).



Bis 1974 soll die 5200 Kilometer lange »Transamazonica« fertig sein und bis 1977 das gesamte 12 000-Kilometer-Straßennetz durch den Amazonas-Urwald

Der brasilianische Subimperialismus als "Wachhund" der Monopole auf dem südamerikanischen Kontinent

1965 war die Unterstützung einiger brasilianischer Truppen bei der Invasion in die Dominikanische Republik nicht mehr gewesen als ein formaler Akt der Anbiederung an den "großen Verbündeten" USA.

Seit 1966 können aber schon Mengen von Waffen, chemischen Kampfstoffen und Militärische Transportausrüstungen, die US-konzerne auf brasilianischem Boden hergestellt haben, nach Vietnam gebracht werden. "Um bei der Ausrottung des Viet-Cong zu helfen, wird Brasilien... 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen... (Präsident eines Industrieverbandes in Sao Paulo; aus: Granma v. 13.2.'72).

Seit wenigen Jahren betreibt Brasilien selber die Politik eines imperialistischen Staates gegenüber den kleineren Ländern Lateinamerikas und Afrikas:

Während des Wahlkampfes in Uruguay, im Nov.'71, drohte Brasilien halboffiziell mit einem Einmarsch im Falle eines Wahlsieges der Volksfront. Das Grenzgebiet nach Uruguay ist neuerdings militärisch stark ausgebaut worden, obwohl Brasilien von keinem äußeren Feind bedroht ist. Der derzeitige Präsident Uruguays, Bordaberry, ist mit den brasilianischen Militärs seit Jahren eng liiert, nicht zuletzt wegen gemeinsamer Interessen am Rinderschmuggel. (3). Uruguayanische Viehzüchter und die von ihnen getragene Regierung arbeiten Hand in Hand mit Unternehmen im benachbarten brasilianischen Staat Rio Grande do Sul. Brasilianische Händler kaufen zu Niedrigstpreisen Rinder, Wolle und Häute in Uruguay auf, schmuggeln sie (1971: 500.000 Rinder), ohne daß das Bordaberry-Regime eingreift, über die Grenze und verkaufen sie an die Fleischkonzerne (Armour, Swift u.a.), Textil- und Lederfabrikanten auf brasilianischem Boden. Dadurch wurde die frühere "Schweiz Lateinamerikas" zunehmend zum Rohstofflieferanten für die imperialistischen Konzerne in Südbrasilien. (Granma v. 14.10.'73).

Bolivien: Während des Militärputsches vom August '71 koordinierte das brasilianische Konsulat in Santa Cruz die militärischen Aktionen des General Banzer gegen die arbeiterfreundliche Regierung Torres und organisierte das Einschleusen von Konterrevolutionären und Waffen (u.a. in Brasilien gebaute Panzer) nach Bolivien.

In Corumba (an der boliv. Grenze in Matto Grosso) ist heute die 2. brasil. Luft-Lande-Brigade stationiert, die im Falle eines Volksaufstandes in La Paz und an anderen Orten eingesetzt werden kann (Granma v. 22.7.'73).

Im Wettrennen zwischen Brasilien und Argentinien um die Eisenerz-, Erdöl- und Erdgasvorkommen im bolivianischen Urwald der Region Santa Cruz scheint Brasilien vorn zu liegen: zwischen Santa Cruz und Paulina (Staat Sao Paulo) ist eine Gasleitung im Bau; die Eisenerzlager von Mutun (40 Mrd t) werden unter der Leitung von Brasilianern für Us-Firmen abgebaut. Die Oligarchie von Santa Cruz ist in Bolivien der Träger der Separationsbewegung Ostboliviens; sie suchen eine stärkere Anlehnung an Brasilien als an die Zentralregierung in La Paz. Journal de Brasil: "große Lattfundien auf bolivianischem Territorium entlang den Flüssen Acre (u.a.) gehören den Brasilianern; hier wird unsere Sprache gesprochen und unsere Tradition gepflegt" (Granma v. 27.5.'73) Der Nordosten Boliviens ist durch massive militärische Besetzung faktisch schon brasilianisches Territorium geworden, und im übrigen Teil des Santa-Cruz-Departements errichten brasilianische Banken und Baugeschäfte Zweigstellen, werden mit brasilianischer Unterstützung Straßen, eine Zuckerfabrik, eine Ölraffinerie gebaut und wahrscheinlich auch die Ölvorkommen ausgebaut (3) 90% der brasilianischen Investitionen an Bolivien fließen in das Gebiet östlich der Anden (Granma v. 27.5.'73)

Paraguay stellt ebenfalls ein Streitobjekt zwischen den beiden Kontrahenten Brasilien und Argentinien dar. 1972 konnte die brasilianische Regierung von Paraguay die Genehmigung zum Bau eines Wasserkraftwerkes am Paraguay erhalten (größer als der Assuanstaudamm); das Kraftwerk soll die Industrieregion von Sao Paulo und -in Zukunft- von Corumba-Mutun mit Energie versorgen. Nach der Fertigstellung des Staudammes wird der Wasserstand des unteren Paraná bis zum Rio de la Plata so weit gesenkt sein, daß die Flußschiffahrt (z.B. nach Buenos Aires) dadurch empfindlich zu leiden hätte.

Mit brasilianischer Hilfe soll die Infrastruktur Paraguays verbessert (3) und die Armee, die 20 Jahre lang den Diktator Stroessner stützt, ausgerüstet werden (Granma v. 22.7.'73). Die Außenminister Paraguays und Brasiliens (Barboza) schließen 1973 einen Vertrag "zur Ausrottung des Kommunismus" ab.

Peru erhält zwar einen 10 Mio \$- Kredit, unterzeichnet jedoch nicht den Vertrag über die Auslieferung von "Terroristen".

1971 ist das Jahr der wirtschaftlichen Offensive Brasiliens in Südamerika; der brasilianische Außenminister Barboza besucht:

Die 5 Mittelamerikanischen Staaten Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica; sie erhalten je einen 1 Mio \$- Kredit, schließen z.T. Abkommen über die Einfuhr brasilianischer Fertigprodukte ab und unterzeichnen den "Terroristenvertrag" (3 u. Granma v. 13.2.'72)

Kolumbien : erhält einen 10 Mio \$- Kredit (Granma 13.2.72)

Guayana: Studentendemonstration gegen den Besuch. 3 Mio \$- Kredit, Freihafen für brasil. Exportprodukte u. Straßenbauprojekt von der nördlichen "Transamazonica" nach Georgetown.

Ecuador: 10 Mio \$- Kredit, Import von brasilianischen Fertigwaren und Unterschrift.

Barbados, Trinidad/Tobago: Kredite u. Import-Abkommen für Fertigwaren.

Der Besuch in Venezuela wird ein Mißerfolg: Präsident Calderas und auch der Peronvorgänger Lanusse von Argentinien machen öffentlich Stimmung gegen die imperialistischen Bestrebungen und die Gendarmrolle, die Brasilien für den Yankee-Imperialismus spielt. (3 u. Granma v. 13.2.'72). "Beide suchen durch ihren Anschluß an den Andenpakt ein Gegengewicht zu schaffen" (FAZ v. 8.2.'73)

Der Grund für die Expansion des selber Kredite suchenden und hochverschuldeten Brasilien liegt darin, daß

a) die ausländischen Konzerne ihre Produktionskapazität so sehr erhöht haben, daß sie nicht mehr alle Waren auf dem brasilianischen Binnenmarkt absetzen können. Deshalb schaffen sie sich neue Absatzmärkte in den wohlhabenden Schichten anderer unterentwickelt gehaltener Länder.

b) die Konzerne auf längere Zeit mit stabilen Absatzmärkten rechnen müssen; so werden die politisch-wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen durch politisch-wirtschaftliche Abmachungen zu unterdrücken versucht. Länder, in denen der staatliche Unterdrückungsapparat nicht effektiv genug arbeitet oder die selbst auf dem Weg in die Unabhängigkeit sind, eignen sich nicht als Absatzmarkt für die Monopole (3).

Bezeichnend ist, daß Präsident Medici auf seiner Reise durch Lateinamerika Anfang 1972 Paraguay, Kolumbien, Uruguay, Bolivien, Venezuela und Argentinien besuchte, seine vorgesehenen Treffen mit Allende, Velasco Alvarado (Peru) und Velasco Ibarra (Ecuador) "wegen deren politischer Orientierung" aber kurzfristig absagte. (Granma v. 20.2.'72).

1972 startet Außenminister Barbosa seine diplomatische Offensive in Afrika: er besucht Ghana, Elfenbeinküste, Nigeria, Senegal, Zaire, Dahomey, Togo und Kamerun. In die bisherigen afrikanischen Märkte Algerien, Südafrika, Marokke und Tunesien exportierte Brasilien hauptsächlich Agrar-Produkte; jetzt sollen Fertigwaren (landwirtsch. Maschinen, Produkte der Nahrungsmittelindustrie und Textilien) hinzukommen. Infrastrukturprojekte sind in Zaire vorgesehen; VW do Brasil wird Südafrika mit dem know how und 5 Mio \$ für den Bau des "Audi" versehen, und mit Portugal wurde ein Abkommen vereinbart, das "brasilianischen und portugiesischen Unternehmen gleiche Rechte und gleiche Pflichten in beiden Ländern, einschließlich der Kolonien, einräumt: Brasilien finanziert in Luanda eine Erdölraffinerie und soll an der Erdölausbeutung Angolas teilhaben; eine brasilianisch-portugiesische Firma wird in Mocambique Infrastrukturprojekte durchführen.

Brasilien stimmte vor der UNO im Gegensatz zu den meisten andern Ländern der "3. Welt der Ablehnung der portugiesischen Kolonialpolitik nicht zu. Golbery Couto e Silva, jetziger Kabinettschef unter Präsident Geisel hatte neben Sudafrica und Rhodesien "die Einbeziehung der afrikanischen Kolonien gegenüber der brasilianischen Küste für fundamental zur Kontrolle des Sudatlantik gehalten (3).
Es wird angenommen, daß Brasilien sich mit Hilfe der USA und der BRD zu einer Nuklearmacht entwickelt (3 u. Granma v. 13. 4. 72)

Nach Golberys Theorie "hört die nationale Sicherheit nicht an den physischen Grenzen auf, sondern geht weiter bis an die ideologischen Grenzen" (aus Granma v. 9.12.'73). Auf dem Territorium Brasiliens konnte sich seit 1964 im Interesse und durch die massive Unterstützung der USA und anderer imperialistischer Staaten und Konzerne ein militaristisch durchorganisiertes System etablieren, das für 1 Mio Brasilianer Wohlstand, für 4 Mio Wohlstandsbrocken und für 95 Mio das Elend brachte. Aufgrund seiner technologisch hochentwickelten importierten Wirtschaft und seines im Pentagon perfektionierten militärischen und politischen Unterdrückungsapparates kann das Regime Brasiliens weiterverkaufen und seine Nachbarregime, selbst anti-imperialistische Regierungen (Ecuador, Peru, Guayana) bestechen. Auch seinen stärkeren wirtschaftlichen Kontrahenten, den nationalbürgerlichen Regierungen von Venezuela und Argentinien, gegenüber hält die brasilianische Militärclique formal diplomatisch-freundschaftliche Gesten aufrecht. Ihr größter und gefährlichster Gegner sind die Arbeiter und Bauern auf dem ganzen Kontinent. Die Angst vor einer Ausweitung der Volksinteressen zeigt sich in der totalen Entdemokratisierung, dem Terror, den Folterungen und der systematischen Verfolgung von Regimegegnern im eigenen Land, in den anti-cubanischen Manövern in der OAS, in den militärischen Aktionen und Drohungen gegen das bolivianische, das uruguayische und das chile-

nische Volk, in der Unterstützung der USA gegen das dominikanische und vietnamesische Volk und an den Wirtschaftsverträgen, in denen der "Terroristen"-Paragraphen enthalten ist (auch Bundesaußenminister Scheel unterzeichnete einen Vertrag zur gemeinsamen Bekämpfung des "Terrorismus" (3)).

Goulbery Couto e Silva, 1967: "Der Erfolg des Kommunismus in jeder südamerikanischen Nation wird eine Bedrohung für Brasilien und die USA bedeuten" (aus: Granma v. 14.10.'73).

Literatur

- 1 Lateinamerika heute Nr.5
- 2 Stern Nr. 40, 27.9. 1973
- 3 Müller, A. "Großmachtstrategie der brasilianischen Militärdiktatur" Hsg. Informationszentrum 3. Welt (Iz3w) Freiburg 1973
- 4 Fischer-Weltalmanach '74 S.28
- 5 Granma v. 22.7.'73
- 6 Weltgeschichte in Daten Berlin 1966
- 7 Führtner, H. "Die brasilianischen Arbeitergewerkschaften, ihre Organisation und ihre politische Funktion" ed. suhrkamp 564 Frankfurt/M. 1972
- 8 Cardoso, F.H. "Das Brasilianische Entwicklungsmodell: Daten und Perspektiven" in: Probleme des Klassenkampfes Nr.6 Berlin 1973
- 9 Kollektiv für Lateinamerika im Soz. Büro Offenbach "Brasilien - Schlüsselland Lateinamerika" aus: Brasilien-Report der Reihe Internationale Solidarität Offenbach 1972
- 10 Apolonio de Carvalho "Brasilien und die Revolution in Lateinamerika" aus Brasilien-Report (s.9)
- 11 Grabendorff "Lateinamerika- wohin?" München 1971
- 12 Heinrich, Brigitte: "Brasilien" in: diskus 6 1971 Frankfurt/M '71
- 13 -"- "Der Imperialismus der Bundesrepublik in Brasilien" in: Bras.-Report
- 14 AK 3. Welt Tübingen: "Konzerne der BRD in Brasilien" hsg.: Iz3w Freiburg 1971

CHILE - ANALYSE DER ENTSTEHUNG EINES PUTSCHES

Ein Artikel über Chile, der das Land in einer ähnlich knappen und dabei möglichst gründlichen Weise darstellt wie die in dieser Serie vorgelegten und noch folgenden Artikel, ist im Februar in den CHILE-NACHRICHTEN Nr.13 erschienen. Die Chile-Nachrichten werden herausgegeben von zahlreichen Chile-Komitees; Redaktions- und Bestelladresse ist: ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8



Vergeßt nicht die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand!

Tragt Euren geringen Teil zur Befreiung eines mit Kuba tief befreundeten Volkes bei!

Kennwort: Chile - Hilfe c/o
Sonya Patrick
Deutsche Bank München
Konto Nr. 35-53062

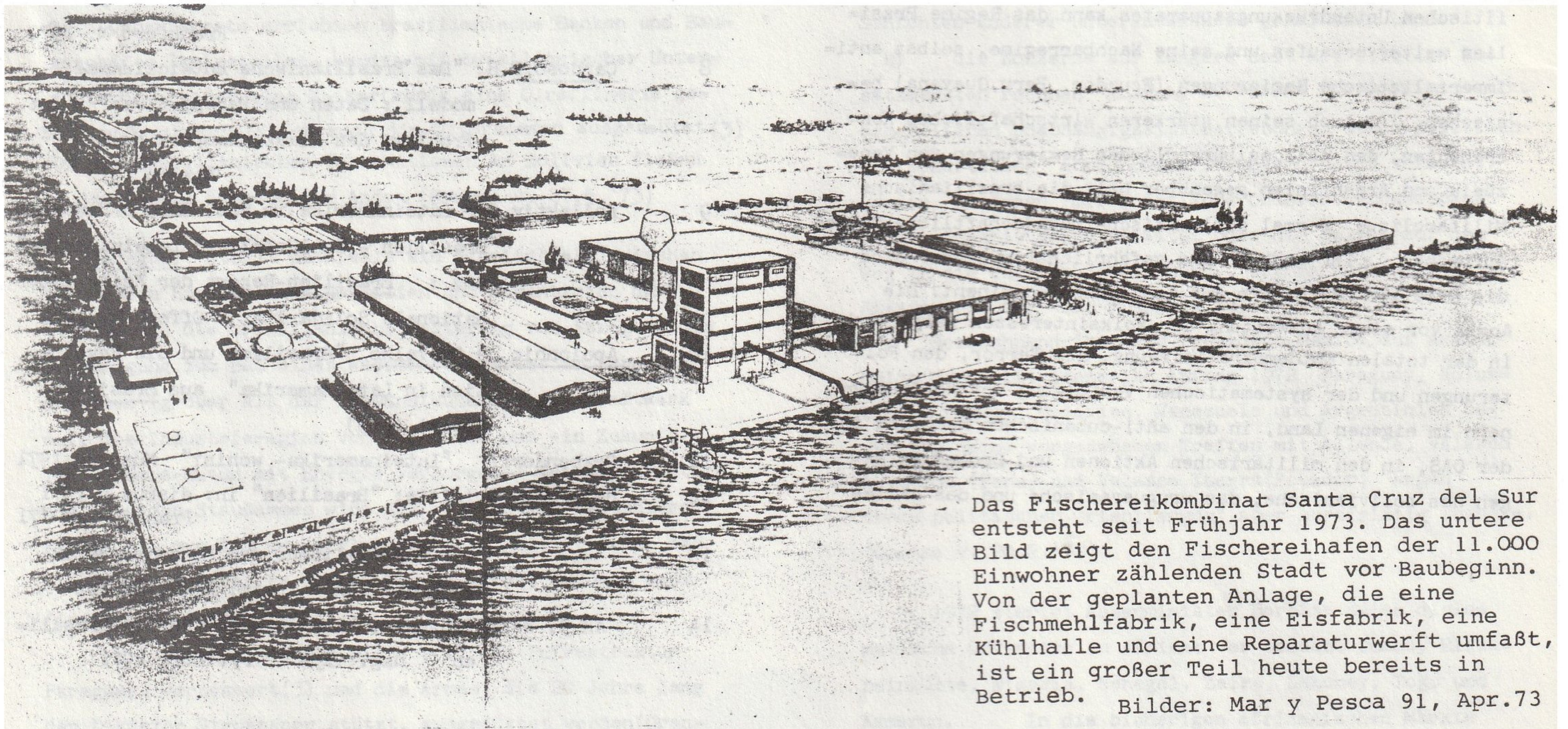
Lohn- und Gehaltserhöhungen bedeuten Beitrags-
erhöhungen! Auch das Kowizuku muß mit der In-
flation leben. Deshalb NICHT VERGESSEN: Den
Dauerauftrag für den Mitgliedsbeitrag ändern,
den Mitgliedsbeitrag um mindestens 11% erhöhen!
Der Mitgliedsbeitrag beträgt laut Satzung 2%
des Brutto-Einkommens.

Bohemia Nr. 38, Sept. 1972



Unsere eigene glänzende Geschichte lehrt uns eines:
Wer kann daran zweifeln, daß eines Tages Chile, Uruguay,
Brasilien und all jene Nationen, die heute unter Tyrannei,
Sklaverei, Ausbeutung, Lüge und Verdrehung leiden, zu
einer neuen Morgendämmerung erwachen werden?....
Stärker und optimistischer als je zuvor, müssen wir heute
der Welt zurufen: "Arbeiter der Welt, vereinigt Euch!"

Fidel Castro, 29.1.1974



Das Fischereikombinat Santa Cruz del Sur
entsteht seit Frühjahr 1973. Das obere
Bild zeigt den Fischereihafen der 11.000
Einwohner zählenden Stadt vor Baubeginn.
Von der geplanten Anlage, die eine
Fischmehlfabrik, eine Eisfabrik, eine
Kühlhalle und eine Reparaturwerft umfaßt,
ist ein großer Teil heute bereits in
Betrieb. Bilder: Mar y Pesca 91, Apr.73

